DEMO-ONLINE.DE

72. JG | A02125 EINZELPREIS **10,00 €**

DEMO

03/04 **2020**

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR K TIK

Niedersachsen
Landes-SGK
Extra
Heftmitte

FOTO: FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK.NET

CORONA-KRISE

Unseren Raum zurückerobern

Wie Städte, Landkreise und Gemeinden mit den Herausforderungen der Pandemie umgehen

DIE AGENTUR AN EURER SEITE

Die SPD-Agentur mit TARIF-VERTRAG

ASK Berlin

GRAFIK

- Layouts
- Infografiken
- Gestaltung von Flyern & Broschüren
- Designentwicklung
- Logoentwicklung
- Einbindung ins Druckportal

KAMPAGNEN

- Strategieentwicklung
- KandidatInnenberatung
- Kampagnenplanung
- Kreation
- Digitaler Wahlkampf und Social Media
- Plakate
- Spots
- Mediaplanung
- WEBINAR: Markenkommunikation in der Politik

PODCASTS

- Konzeption
- Beratung
- Technische Begleitung
- Postproduktion
- Full-Service-Koordination
- WEBINAR: Podcasten – aber richtig!

EVENTS

- Parteitage
- Wahlkampftouren
- Abendveranstaltungen
- Kongresse
- Markeninszenierung
- Konzeption
- Digitale Veranstaltungsformate
- Teilnehmermanagement
- WEBINAR: Digitale beteiligungs-orientierte Veranstaltungsformate

TEXTE

- Pressemitteilungen
- Broschüren & Flyer
- Magazingestaltung
- WEBINAR: Besser Schreiben – viel sagen mit wenigen Worten

SPONSORING

- Anzeigenvermarktung
- Parteitags-Sponsoring
- Event-Sponsoring

WWW.ASK-BERLIN.DE

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de

ASK.Berlin ist ein Unternehmen der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

Liebe Leserin, lieber Leser,

Corona beherrscht seit mehr als zwei Monaten unser komplettes Leben. Wie bleiben auf Abstand zu Freunden und Bekannten, wir tragen aus Sicherheitsgründen Masken, und viele fürchten um ihren Job, weil die wirtschaftlichen Folgen dieser Pandemie massiv sind.

Auch die Kommunen sind stark betroffen und müssen die Herausforderungen dieser Krise bewältigen. Deswegen haben wir das Thema der aktuellen DEMO angepasst und beschäftigen uns mit der Frage, wie Kommunen diese schwierige Situation meistern können. Wie lässt sich verhindern, dass Einzelhändler angesichts der Kontaktsperre, die langsam gelöst werden soll, unter die Räder kommen? Wie können Schulen und Kitas im Interesse von Kindern und Eltern wieder öffnen, ohne dass damit eine neue, starke Ausbreitung des Virus befördert wird? Was muss getan werden, damit Verwaltungsleistungen in der Krise funktionieren und Rathäuser handlungsfähig bleiben?

Es lastet enorm viel Verantwortung auf den Kommunalen. Um dieser gerecht zu werden, brauchen die Städte, Gemeinden und Landkreise finanzielle Hilfe von Bund und Ländern. Nur so können sie wieder aus dieser Krise herauskommen. Denn es brechen relevante Steuereinnahmen weg, während die Sozialkosten deutlich steigen.

Diese Krise lehrt uns aber auch, wie wichtig der öffentlich Raum ist. Er muss großzügig bemessen und freundlich gestaltet sein. Denn Menschen brauchen Auslauf in Grünanlagen, Kleingärten und Treffpunkte wie Marktplätze oder Kinderspielplätze – auch und gerade in Notzeiten. Bei künftigen Planungen, etwa wenn es um die Verdichtung von Innenstädten geht, darf das nicht vergessen werden. Denn nach Meinung von Experten ist dies nicht die letzte Pandemie, die uns erwischen kann.

Ich wünsche Ihnen Gesundheit und ein gutes Miteinander,
Ihre

Karin Nink, Chefredakteurin

FOTOS: DIRK BLEICKER; LHD; THOMAS IMHO/PHOTOTHEK.NET; BUGA 23/DANIEL LUKAC; GELSENWASSER

Titel
Corona-Krise

4 **„Wir werden die Ausgaben trotz Risiken nicht kürzen“ |** Interview mit Düsseldorfs OB Thomas Geisel
5 **Wie sich das Prinzip des Föderalismus in Corona-Zeiten bewährt |** Gastbeitrag von Burkhard Jung
6 **Kommunen rufen nach einem Rettungsschirm |** Bund und Länder sollen helfen
7 **Nahbar trotz Lockdown |** In Hessen haben Bürgermeister eine Online-WG gegründet
8 **Jeder dritte Betrieb nutzt Kurzarbeit |** Die Corona-Pandemie hat weitreichende Auswirkungen
9 **Politik im Shutdown |** Wie sich die Ratsarbeit verändert – Beispiel Tornesch
10 **Schulen im Stresstest |** Das Bildungssystem wird auf die Probe gestellt
11 **Essen für bedürftige Kinder |** Potsdam richtet kostenlosen Bringdienst ein
11 **Frauenhäuser schlagen Alarm |** Gewalt gegen Frauen nimmt zu

Blickpunkt
Öffentliche Räume gestalten

12 **„Bühne des Lebens in der Stadt“ |** Interview mit Uwe Bodemann, Stadtbaurat in Hannover
13 **Grüne Visionen für die BUGA 23 |** Die Vorbereitungen in Mannheim laufen auf Hochtouren
14 **Kleingärten sind Stadtgrün |** In der Coronakrise sind die grünen Oasen besonders wertvoll
15 **Mobilität ganzheitlich denken |** Preiswürdiges Mobilitätskonzept in Osnabrück
16 **„Oldenburger DNA“ |** Das Fahrrad hat in der Verkehrsplanung der Stadt besondere Priorität
16 **Mehr Komfort für Fußgänger |** Viele Kommunen denken um – Beispiel Bad Dürkheim
17 **Märkte ziehen Menschen an |** Vor der Gestaltung der Plätze sind einige Überlegungen nötig

Report
Nachhaltigkeit und Infrastruktur

20 **Weichen für eine nachhaltige Wirtschaft stellen |** Wegen Klimakrise ist ein Umdenken erforderlich
22 **Klimawandel, Migration, Diaspora, Entwicklung |** Klimapartnerschaften mindern Klimafolgen
25 **Nachhaltige Rezepte für die Verkehrswende |** Öffentlicher Verkehr braucht pandemietaugliche Lösungen
26 **Versorgungssicherheit in Zeiten von Corona |** Leistungen der Daseinsvorsorge müssen weiterlaufen
28 **Wettbewerb Naturstadt |** Projektideen aus Städten, Landkreisen und Gemeinden gesucht

18 **News |** Drei Fragen an Frank Baranowski zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie
19 **Serie: Gemeinsam gegen rechts |** Rheinhessen: Seit zwölf Jahren in Aktion
29 **Bücher | Wahlen**
30 **Das Letzte | Vorschau | Impressum**

„Wir werden die Ausgaben trotz Risiken nicht kürzen"

Thomas Geisel rechnet mit gravierenden finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt. Auch die Verwaltung ist gefordert. Ein Gespräch mit dem Düsseldorfer Oberbürgermeister über die Bewältigung der Corona-Pandemie

Interview Karin Billanitsch

Corona-Krise in den Kommunen

In Zeiten der Corona-Pandemie sind Bürgermeister als Krisenmanager gefragt, die die Arbeit der Ämter koordinieren und mit der Bevölkerung kommunizieren. Was war in der Corona-Krise für Sie bisher die größte Herausforderung?

Viele Menschen haben Angst, auch jene, die nicht zu einer Risikogruppe gehören. Es ist wirklich nicht ganz einfach, mit dem Thema umzugehen. Eine Zeitlang gab es ja einen Überbietungswettbewerb, wer mit noch härteren Maßnahmen kommt. Da hat sich insbesondere Herr Söder als Bayerns Ministerpräsident hervorgetan. Ich habe immer gesagt, wir werden hier in Düsseldorf bei diesem Überbietungswettbewerb nicht mitmachen, weil dies die allgemeine Verunsicherung noch weiter steigert. Und Angst ist immer ein schlechter Ratgeber. Krisenmanager müssen den Menschen eher ein Gefühl der Sicherheit vermitteln.

Ich persönlich hätte immer befürwortet, dass die persönlichen Einschränkungen wie Distanzgebot, Ausgangssperren und Ähnliches so einheitlich wie möglich beschlossen werden. Das erweckt bei den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck, dass die Politik und die Verwaltung die Situation einigermaßen im Griff haben. Wenn überall ein Flickenteppich entsteht, dann führt das noch zusätzlich zu Angst und Verunsicherung.

Wie ist das mit dem föderalistischen Prinzip vereinbar?

Eine internationale Pandemie ist keine Angelegenheit, die kommunal oder regional zu lösen ist. Die allgemeinen Regeln sollten bundesweit gelten. Die kommunale Aufgabe muss sein, das örtliche Gesundheitswesen optimal aufzustellen. Kommunale Aufgabe ist es auch, dass man Angebote an die sogenannten vulnerablen Gruppen macht, also diejenigen, die besonders betroffen sind, wenn es zu einer Infektion kommt. Es sind ja meistens ältere Menschen oder solche mit Vorerkrankungen. Diese Menschen müssen effektiv geschützt werden vor der Ansteckung. Wir haben in Düsseldorf zum Beispiel eine Hotline eingerichtet, wo sich ganz viele Freiwillige gemeldet haben und anbieten, einkaufen oder mit dem Hund Gassi zu gehen. Das sind Dinge, die man nicht national lösen kann, das muss man in der Tat lokal regeln.

Oberbürgermeister Thomas Geisel besucht die Corona-Hotline der Stadt Düsseldorf. Nach wie vor haben viele Menschen Fragen zu dem Virus und der Erkrankung.

Es gibt auch in Düsseldorf Ausgeh- und Öffnungsbeschränkungen, die nicht nur große Unternehmen, sondern diverse kleine Gaststätten oder lokalen Einzelhandel betreffen. Was können Kommunen beitragen, damit die Betriebe die Krise überleben?

Für die Betriebe, die per Landesverordnung geschlossen wurden – Veranstaltungsbetriebe, Gastronomie, Einzelhändler, soweit es um den Handel mit Lebensmitteln geht – bieten wir eine Überbrückungsfinanzierung an, eine Art Feuerwehrfonds. Ebenso bekommen Unternehmen, die keine dicke Kapitaldecke haben und deswegen sehr schnell von einer Insolvenz bedroht sind, Überbrückungshilfen, bevor die staatlichen Hilfen greifen. Erfahrungsgemäß dauert es immer ein bisschen länger, bis die Hilfe von Bund und Land tatsächlich ausbezahlt wird. Wir haben quasi über Nacht als Eilentscheidung diesen Fonds ins Leben gerufen und sehr schnell Mittel ausgereicht. Mittlerweile ist der Fonds wieder geschlossen, da jetzt die Soforthilfen des Landes an dessen Stelle getreten sind.

Zweitens haben wir gezielt dazu aufgerufen, die Geschäfte, die noch tätig sind, zu unterstützen – insbesondere Lieferdienste, Außer-Haus-Verkäufe oder Internet-Verkäufe der örtlichen Wirtschaft. Auf der städtischen Webseite haben wir auf die entsprechenden Angebote hingewiesen. Wir haben versucht, der örtlichen Wirtschaft nicht nur mit Geld zu helfen, denn sie wollen nicht von Almosen leben, sondern Geschäfte machen.

FOTO: LANDESHAUPTSTADT DÜSSELDORF/MICHAEL GSTETTENBAUER

ZUR PERSON

Thomas Geisel, Jahrgang 1953, hat Rechts- und Politikwissenschaften in Freiburg, Genf und Washington D.C. studiert. Im Jahr 1988 absolvierte er einen Master of Arts in Government an der Georgetown University in Washington. 1990 legte er die erste juristische Staatsprüfung in Freiburg ab, dann folgte 1992 der Master in Public Administration an der John F. Kennedy School of Government, Harvard University, Cambridge MA. 1994 legte er die zweite juristische Staatsprüfung in Berlin ab.

1990 wurde Geisel Referent der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR. Weitere Stationen: 1991/1992 war er persönlicher Referent des SPD-Bundesgeschäftsführers, 1995 wurde er Abteilungsleiter der Treuhandanstalt, später Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben. 1998 folgte ein Wechsel in die Energiewirtschaft u.a. bei Enron, London, Ruhrgas AG, Essen, und E.ON Ruhrgas. Seit 2013 selbständiger Rechtsanwalt, Düsseldorf. Wahl zum Oberbürgermeister am 15. Juni 2014. *(KB)*

Mit welchen finanziellen Auswirkungen auf Düsseldorf rechnen Sie?
Die finanziellen Auswirkungen werden natürlich gravierend sein. Wir sind eine Stadt, die mit jährlich knapp einer Milliarde Euro mit das höchste Gewerbesteueraufkommen in Deutschland hat. Wir rechnen mit drastischen Einbrüchen im dreistelligen Millionenbereich. Wir sind bei den Unternehmen, die am stärksten von den Beschränkungen betroffen sind, kulant und stunden Gewerbesteuervorauszahlungen in erheblichem Umfang.

Wir haben trotz aller Risiken auf der Einnahmeseite beschlossen, die Ausgaben nicht zurückzufahren, insbesondere nicht den Sanierungs- und Investitionshaushalt. Wir wollen nicht, dass die Wirtschaft, die ohnehin von einer Rezession bedroht ist, noch zusätzlich Aufträge verliert, weil die öffentliche Hand sich zurückhält. Im Gegenteil, wir sind gute Keynesianer und machen „Deficit Spending" und investieren gerade in der Rezession ein bisschen mehr, als wir es in Düsseldorf ohnehin schon tun.

Viele Kommunen befürchten, in Folge der Krise in einen Nothaushalt zu stürzen. Befürworten Sie einen Rettungsschirm für Kommunen?
Es wäre unsolidarisch, wenn ich jetzt Nein sagen würde. Wir haben aber zurzeit so viele Rettungsschirme, da frage mich manchmal, wie sollen wir das alles bezahlen? Es gab den letzten großen Rettungsschirm Ende 2009. Damals gab es ihn deswegen, weil die Regierung alles tun wollte, um das Vertrauen wiederherzustellen und das Schwungrad der Wirtschaft wieder anzudrehen. Am Schluss wurde der Rettungsschirm eigentlich praktisch nicht in Anspruch genommen, weil die Wirtschaft sehr schnell wieder in Gang gekommen ist.

Diesmal ist es schwieriger, weil wir ja gezielt das wirtschaftliche Handeln unterbinden, indem wir alle möglichen Aktivitäten untersagen und damit im Prinzip bewusst eine Rezession herbeiführen. Da fragt man sich schon, wo das ganze Geld für die vielen Rettungsschirme herkommen soll, wenn nicht durch eine ziemlich drastische Inflation?

Wichtig ist natürlich, dass wir jetzt Soforthilfe leisten – aber das Allerwichtigste ist, dass wir eine Strategie für die Rückkehr zur Normalität entwickeln, die eben relativ schnell wieder eine wirtschaftliche Aktivität zulässt – in dem Maße jedenfalls, in dem wir das Infektionsgeschehen beherrschen und kontrollieren können.

Eine Ausnahmesituation ist die Krise auch für die Mitarbeitenden in der Verwaltung. Welche Abteilungen sind gerade besonders gefordert?

Das Allerwichtigste ist, dass wir eine Strategie für die Rückkehr zur Normalität entwickeln.

Thomas Geisel,
Oberbürgermeister
von Düsseldorf

MEHR INFOS

Weitere Beiträge
zum Umgang mit der
Corona-Krise

demo-online.de

Besonders gefordert ist beispielsweise die Feuerwehr, deren Chef den Corona-Krisenstab der Stadt leitet. Die Feuerwehr hat im Rettungsdienst ständig mit den Auswirkungen des Virus zu tun. Aber sie stellt auch den mobilen Service, der Corona-Tests bei Angehörigen der Risikogruppen zu Hause durchführt. Natürlich ist auch das Gesundheitsamt zu nennen, das im Moment unter maximaler Belastung steht. Schön ist aber, dass viele Mitarbeiter aus anderen Bereichen der Stadt einspringen.

Zum Beispiel bei unserer Corona-Hotline für die Vereinbarung von Tests. Diese Hotline mit 35 Arbeitsplätzen ist rund um die Uhr erreichbar. Dort arbeiten auch städtische Bedienstete, die an ihren eigentlichen Arbeitsplätzen nicht eingesetzt werden können. Mitarbeitende der Bäderbetriebe sind aber auch zum Beispiel in der Drive-in-Testeinrichtung tätig, die wir eingerichtet haben und in der sich Menschen in ihrem Auto testen lassen können. Die Herausforderung war, dass wir viele Mitarbeitende in neuen Funktionen einsetzen mussten, die es vorher gar nicht gab und die jetzt der Krise geschuldet sind. Das klappt bis jetzt außerordentlich gut und verdient ein dickes Lob an alle Beteiligten.

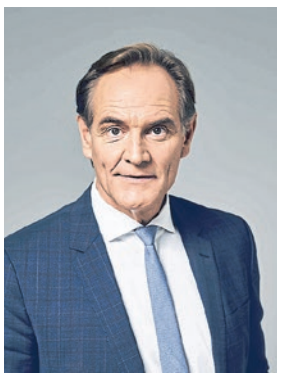
Ausführliches Interview
demo-online.de

Wie sich das Prinzip des Föderalismus in Corona-Zeiten bewährt

Ein Beitrag von Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Die Corona-Epidemie stellt die Menschen vor große Herausforderungen. Aber der Staat funktioniert, und die Städte sind handlungsfähig. Bund, Länder und Kommunen arbeiten eng zusammen. Nach etwas beschwerlichem Anlaufen ist es jetzt im Kern ein gemeinsames Vorgehen, auch wenn die Regelungen nicht völlig einheitlich sind. Die Ministerpräsidenten beraten gemeinsam mit der Bundesregierung gründlich, was gegen die Corona-Pandemie getan werden muss. Und in den Ländern gibt es einen Austausch zwischen Landesregierung und Kommunen. Entscheidungen sind ständig nötig – in den Krisenstäben vor Ort, auf der Landesebene und in der Bundesregierung. Und dabei werden viele, auch neue Kommunikationswege beschritten, um ein Höchstmaß an Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Erfolgsfaktor, um die Krise zu bewältigen. Das zeigt sich täglich bei der Arbeit der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort – ob in den Gesundheitsämtern, bei der Kindernotbetreuung, in den Bürgerämtern, den kommunalen Jobcentern, bei der Stadtreinigung oder den kommunalen Unternehmen, die ihren Dienst sehr engagiert leisten.

Unser Ziel ist in der jetzigen Situation, überall so schnell wie möglich die Coronavirus-Epidemie einzudämmen. Dabei kommt es darauf an, dass sich alle Menschen an die geltenden Regeln halten. Wer sich über die Regeln hinwegsetzt und sich unsolidarisch verhält, muss mit Konsequenzen rechnen. Auch in dieser Hinsicht arbeiten Städte, Länder und Bund Hand in Hand.



„Wer sich über die Regeln hinwegsetzt, handelt unsolidarisch": Burkhard Jung

FOTO: DEUTSCHER STÄDTETAG

Wenn wir diese Krise gemeistert haben, werden wir analysieren, was noch klüger laufen könnte, um uns für künftige Krisenfälle noch besser vorzubereiten. Die Fragen, wo föderale Strukturen möglicherweise das Handeln erschwert haben oder wo sie gerade vorteilhaft waren oder starke bundeseinheitliche Standards ergänzt werden müssen, wird man dann mit den Erfahrungen aus dieser Krise erörtern und gegebenenfalls neu ordnen müssen.

Kommunen rufen nach einem Rettungsschirm

Die Corona-Krise stellt die kommunalen Haushalte auf den Kopf. Bund und Länder sollen helfen

Autor Carl-Friedrich Höck

Geschlossenes Restaurant: Der Lockdown trifft nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die kommunalen Haushalte hart.

Fehlende Einnahmen und höhere Ausgaben: Die Corona-Krise bringt die kommunalen Haushalte aus dem Gleichgewicht. Seit einigen Wochen mehren sich die Rufe nach Finanzhilfen für die Städte und Gemeinden. „Wir bitten Bund und Länder dringend um eine gemeinsame Kraftanstrengung, damit die Handlungsfähigkeit der Städte und die Liquidität der kommunalen Kassen sichergestellt wird", drängte der Präsident des Deutschen Städtetages Burkhard Jung schon Anfang April zur Eile.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Gerd Landsberg geht davon aus, dass sich Steuerausfälle und geringere Einnahmen auf einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag summieren werden. „Sie können mir jeden Bereich nennen, es wird überall teurer", sagte er in einem ZDF-Interview.

Bei den Steuereinnahmen sind die Einbrüche besonders massiv. Auf „zwölf Milliarden oder mehr" beziffert der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Hans-Günter Henneke die Ausfälle. Gerd Landsberg registrierte: „Die Gewerbesteuer stürzt ab! Wir gehen davon aus, dass wir allenfalls 50 Prozent der Einnahmen haben werden." Wie groß der Schaden letztlich ausfalle, hänge davon ab, wie lange die Krise noch anhält. Im Vorjahr spülte die Gewerbesteuer noch mehr als 50 Milliarden Euro in die kommunalen Kassen. Auch alle anderen Steuerarten sind betroffen. So sinken die kommunalen Anteile an der Lohn- und Einkommenssteuer oder der Umsatzsteuer. Weil in der Krise nicht alle ihre Steuerschuld begleichen können, werden Steuerzahlungen gestundet, ausgesetzt oder gekürzt, was die Kommunalhaushalte zusätzlich belastet.

Höhere Sozialkosten

Gleichzeitig steigen die Sozialkosten. Viele Menschen haben aufgrund der Krise ihren Job verloren. Also müssen die Kommunen mehr Unterkunftskosten für Arbeitsuchende in Grundsicherung übernehmen. Henneke beziffert die zusätzlichen Ausgaben für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II auf mindestens zwei Milliarden Euro. Teurer wird es zudem im Bereich der Jugendhilfe. Selbst bei den freiwilligen Leistungen ist von einem finanziellen Mehrbedarf auszugehen: Etwa für die Wohnungslosenhilfe oder für Frauenhäuser und -beratungsstellen, da in Zeiten, in denen man zu Hause bleiben muss, die häusliche Gewalt zunimmt.

Bernhard Daldrup (SPD), MdB, fordert schnelle Maßnahmen.

Matthias Miersch, Sprecher der SPD-Linken im Bundestag, tritt für Altschuldenentlastung ein.

Wegfallende Eintrittsgelder und Gebühren – etwa für Kitas – stellen die Kommunen vor zusätzliche Probleme. Museen oder Schwimmbäder müssen geschlossen bleiben und können somit keine Tickets verkaufen. Dasselbe gilt für Kultureinrichtungen wie Theater oder Konzerthäuser. Dank einer Kurzarbeiter-Regelung konnten immerhin die Ausgaben gesenkt werden, weil nun der Bund einen Großteil des Gehaltes übernimmt. Kommunale Arbeitgeber und Gewerkschaften haben sich auf einen COVID-19-Tarifvertrag für den kommunalen öffentlichen Dienst verständigt. Die kommunalen Arbeitgeber haben zugesagt, das Entgelt während der Kurzarbeit aufzustocken. So kommen die Beschäftigten auf 90 Prozent des bisherigen Nettolohns, wenn sie der Entgeltgruppe 11 oder höher angehören. Bis Entgeltgruppe 10 gibt es sogar 95 Prozent des bisherigen Nettogehalts.

Kommunale Unternehmen in Not

Den Stadtwerken brechen ebenfalls Einnahmen weg. So lässt die Corona-Krise den Stromverbrauch deutlich sinken, wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ermittelt hat. Zwischen Anfang März und April ging der Verbrauch um 8,7 Prozent zurück, denn die Industrie benötigte weniger Energie. VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing merkte gegenüber der DEMO an: „Klar ist: Ein sinkender Stromabsatz führt auch zu weniger Einnahmen bei Stadtwerken. Damit fehlen Mittel, mit denen andere Bereiche bisher gestützt wurden." Kommunale Verkehrsunternehmen befördern kaum noch Passagiere. Somit fehlt das Geld aus dem Ticketverkauf.

Immerhin: Die Bundesregierung hat kommunalen Unternehmen Zugang zum Wirtschaftsstabilisierungsfonds ermöglicht. Mittels staatlicher Garantien und Eigenkapitalhilfen soll der Fonds Unternehmen helfen, Liquiditätsengpässe zu beseitigen. Die SPD-Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup und Matthias Miersch begrüßen das „als ersten Schritt". In einem Papier fordern sie aber weitergehende Maßnahmen. „Die Kommunen sind systemrelevante Akteure, sie brauchen deshalb jetzt einen Rettungsschirm durch Bund und Länder."

Beide Abgeordnete gehören der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion an. In ihrer Erklärung machen sie auch konkrete Vorschläge:

FOTOS: FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK.NET; SUSIE KNOLL (2)

„Als erste schnelle und wirkungsvolle Maßnahme sollte der Bund seine unmittelbar an die Kommunen gerichteten Fördermaßnahmen entfristen und mit vorzeitigen, förderunschädlichen Genehmigungen und einfachen Verwendungsnachweisen versehen. Dazu zählen beispielsweise der Digitalpakt an Schulen und verschiedene Programme für Infrastrukturmaßnahmen wie im Bereich des Sports, der Kultur, Freizeit und des Städtebaus." Außerdem müssten Bund und Länder entweder ihre Anteile oder die absoluten Beträge an den Sozialkosten erhöhen – zunächst zeitlich befristet auf die Jahre 2020 und 2021.

„Wir appellieren angesichts der massiven Einnahmeverluste bei den Kommunen auch an die Länder, die finanzielle Grundausstattung der Kommunen deutlich zu verbessern", so Miersch und Daldrup. Weiterhin trete man für eine schnelle Entlastung der Kommunen bei den Altschulden ein, die in der Krise umso dringender geworden sei.

Auch im Bundestag wurden die Folgen der Corona-Krise für die Kommunen schon thematisiert. Während der Debatte am 23. April warben die Sozialdemokraten Elisabeth Kaiser und Klaus Mindrup für die Forderung nach Finanzhilfen. „Ich hoffe, dass sich unser Koalitionspartner gemeinsam mit uns bewegt", erklärte Mindrup. „Unser Finanzminister wird auch entsprechende Vorschläge machen." Kaiser betonte, es gehe nun darum „gemeinsam mit den Ländern schnelle und pragmatische Lösungen zu finden." Der CDU-Politiker Christian Haase sprach sich immerhin dafür aus, den Kommunen bei den erhöhten Unterkunftskosten für die Grundsicherung zu helfen. Grundsätzlich sei es aber Aufgabe der Bundesländer, den Städten und Gemeinden eine finanzielle Grundausstattung zur Verfügung zu stellen.

„Die Entwicklung im Blick"

Nun warten Bürgermeister und Landräte gespannt, welche Ideen Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) vorlegen wird. Eine Sprecherin beteuerte bereits Anfang April gegenüber der DEMO: „Die Bundesregierung hat die Entwicklung in den Kommunen im Blick. Wir beobachten die Lage sehr genau und werden, wenn notwendig, Anpassungen vornehmen." Erschwert wird die Diskussion um passgenaue Maßnahmen dadurch, dass bisher nur unzureichende Daten vorliegen, wie hoch die Steuerausfälle tatsächlich sind. Konkretere Zahlen werden Mitte Mai auf dem Tisch liegen. Dann steht die jährliche Steuerschätzung an. Zu erwarten ist, dass sich die Bundesregierung auf Grundlage dieser Daten mit den Ländern auf weitere Schritte verständigen wird. Und auch an der Unterstützung für überschuldete Kommunen arbeite man weiterhin, heißt es aus dem Finanzministerium.

Im öffentlichen Nahverkehr sinkt die Zahl der Fahrgäste.

> **Unser Finanzminister wird entsprechende Vorschläge machen.**
>
> Klaus Mindrup (SPD), MdB, zur Hilfe für Kommunen

Nahbar trotz Lockdown

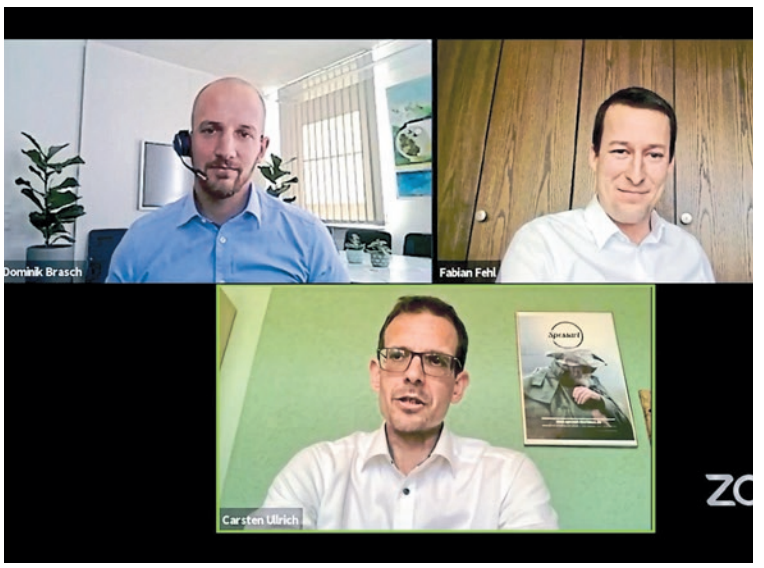
In Hessen haben Bürgermeister eine Online-WG gegründet

Autor Carl-Friedrich Höck

Nah bei den Bürgerinnen und Bürgern sein – für viele Bürgermeister und Landräte gehört das zu den schönsten Aspekten der Kommunalpolitik. Nur: Was tun, wenn Sprechstunden ausfallen und Veranstaltungen abgesagt werden müssen? Drei hessische Bürgermeister haben auf diese Frage eine Antwort gefunden: Kurzerhand haben sie sich online zu einer „Rathaus-WG" zusammengeschlossen.

Das sei eine parteiübergreifende bunte Truppe, sagt Sinntals Bürgermeister Carsten Ullrich (SPD). Zusammen mit dem Bürgermeister von Bad Soden-Salmünster Dominik Brasch und dem Birsteiner Stadtoberhaupt Fabian Fehl gehört er zu den Gründungsmitgliedern.

Die „Wohngemeinschaft" ist in Wahrheit eine Livesendung der drei Politiker. Während sie vor ihrem Smartphone oder Tablet sitzen, schalten sie sich per Videokonferenz zusammen. Der Termin wird im Vorfeld über die Presse und die Sozialen Medien bekanntgegeben. Das Video ist dann auf den Facebookseiten der WG-Mitglieder zu sehen. „Im Meeting gehen wir auf Fragen ein, die im Laufe der Woche bei uns eingegangen sind, etwa beim Bürgertelefon", erklärt Ullrich das Konzept. „Oder wir beschreiben, wie sich unsere Arbeit gestaltet. Wer möchte, kann über die Kommentarfunktion bei Facebook auch aktuelle Fragen reingeben."



Die erste WG-Sitzung: Dominik Brasch, Fabian Fehl und Carsten Ullrich reden über aktuelle Rathaus-Themen.

Brasch nennen sie den „WG-Papa". Er hat das Projekt initiiert. „Die Idee dazu hat er bei Kollegen aus Osthessen aufgeschnappt", erzählt Ullrich. „Dort gab es das Format, mit mehreren Bürgermeistern live zu gehen, schon ein oder zwei Wochen früher."

Mittlerweile ist die WG gewachsen. Am zweiten Meeting hätten sich schon sieben Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beteiligt, und auch der Landrat wolle nun mitmachen, berichtet Ullrich. „Das Schöne ist, dass nicht nur einer von uns erzählt, sondern jeder mal zu Wort kommt. Und man merkt: In den Kommunen gibt es zwar unterschiedliche Voraussetzungen, aber die Fragen und Probleme sind eigentlich überall gleich." Bei den Bürgern kommt das Format gut an. Die erste Sendung verfolgten etwa 160 Menschen live – im Nachhinein wurde das Video mehr als 3.000 Mal angeklickt. Die zweite Folge kam schon auf bis zu 250 Live-Zuschauer. Und Ullrich betont: „So wie unsere osthessischen Kollegen haben wir kein Copyright auf das Konzept, es darf also gerne nachgeahmt werden."

Interview zum Thema demo-online.de

FOTOS: THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK; DEMO/FACEBOOK/ZOOM

Erleichtert: Michaela Weichelt kann ihr Blumengeschäft wieder öffnen und sagt: „Corona hat mir auch etwas Gutes gebracht."

Jeder dritte Betrieb nutzt Kurzarbeit

Die Corona-Pandemie hat weitreichende Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft, Arbeitsämter und Jobagenturen

Autor Ulf Buschmann

Michaela Weichelt ist richtig gut gelaunt. Wie Tausende anderer Einzelhändler darf die Inhaberin eines kleinen Blumengeschäfts in Bremen endlich wieder öffnen. Vier Wochen kein Ladenverkauf wegen des von Bund und Ländern verordneten sogenannten Lockdowns, das merkt Weichelt in ihrer Kasse. Besonders der Umsatzbringer Ostergeschäft fiel in diesem Jahr weg. „Im März hatte ich die Hälfte", sagt Weichelt, „aber es ist ja nicht so, dass ich nicht gearbeitet habe." Schon kurz nach ihrer Zwangsschließung zauberte Weichelt ihren Lieferservice hervor. „Meine Kunden haben sich so gefreut, dass ich persönlich geliefert habe", meint sie. Zudem denkt die Bremerin über weitere Neuausrichtungen ihres Geschäfts nach. Weichelts Fazit nach vier Wochen Lockdown: „Corona hat mir auch etwas Gutes gebracht."

Gleichwohl hat der Lockdown weitreichende Folgen quer durch alle Gesellschaftsschichten. Auch wirtschaftlich sind die Folgen tiefgreifend. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind alle Branchen betroffen. Vor allem das Hotel- und Gaststättengewerbe kämpft schon jetzt. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) rechnet bis Ende April mit Umsatzverlusten von rund zehn Milliarden Euro. Von den 230.000 zumeist inhabergeführten Betrieben drohe etwa 70.000 ohne staatliche Hilfen die Insolvenz.

Wie tiefgreifend die Folgen der Pandemie sind, belegen die Anträge auf Kurzarbeitergeld. Laut Arbeitsagentur sind diesen Schritt bis zum 20. April rund 718.000 Betriebe gegangen. Damit habe nahezu jeder dritte Betrieb in Deutschland, in dem mindestens ein Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, Kurzarbeit angezeigt. Eine Sonderauswertung ergab, dass allein im März 470.000 Betriebe Hilfe in Nürnberg gesucht haben. Im Februar hatte die Zahl noch bei 1.900 gelegen, und im vorigen Jahr hatten durchschnittlich rund 1.300 Betriebe pro Monat Kurzarbeit beantragt.

„Historischer Kraftakt"

Der Bund will den Unternehmen mit dem Kurzarbeitergeld helfen, ihre Beschäftigten zu halten und deren Arbeitsplätze zu sichern. Alleine ein Viertel der Anträge auf Kurzarbeitergeld entfallen auf Handel und Gastgewerbe, gefolgt vom Gesundheitswesen, dem Baugewerbe sowie dem „Erbringen von sonstigen persönlichen Leistungen".

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bezeichnet die Situation als „historischen Kraftakt". Genau das ist die Corona-Krise auch für die Verwaltung. Bei der Bundesagentur für Arbeit bearbeiten derzeit 8.500 Beschäftigte Kurzarbeitsanzeigen und rechnen Kurzarbeit ab. Das sind laut BA vierzehn Mal so viele wie in normalen Zeiten. Mehr Arbeit muss auch in den Jobcentern bewältigt werden. Wie der Hessische Rundfunk berichtet, sind beispielsweise beim Jobcenter Frankfurt seit Ende März mehr als 4.000 Anträge auf Grundsicherung eingegangen – fünf Mal so viele wie in den Zeiten vor der Corona-Krise. In Wiesbaden und Gießen habe sich die Zahl verdreifacht. Aus Gesundheitsschutzgründen gibt es keine persönlichen Termine vor Ort, der Kontakt mit den Kunden erfolgt per Post, E-Mail oder Telefon. Um die Arbeitsfähigkeit der Jobcenter zu unterstützen, hat der Bundestag Ende März beschlossen, die Leistungen der Grundsicherung in einem vereinfachten Verfahren schnell und unbürokratisch zugänglich zu machen. So wurde die Vermögensprüfung bis Ende Juni ausgesetzt, ebenso wie die Obergrenzen für die Unterkunftskosten. Diese werden nun in tatsächlicher Höhe anerkannt, sofern sie nicht unangemessen hoch sind, damit Arbeitsuchende nicht mitten in der Krise umziehen müssen. Damit steigen allerdings auch die Sozialkosten der Kommunen.

Die nun beschlossenen Lockerungsmaßnahmen könnten die Wirtschaftskrise etwas entschärfen. Der Deutsche Landkreistag begrüßt sie grundsätzlich. „Richtschnur sollte hierbei das Infektionsgeschehen sein", sagt Sprecher Markus Mempel. Er könne sich überdies vorstellen, „dass auch größere Geschäfte auf dem Land mit geringer Bevölkerungsdichte und damit geringerem Infektionsrisiko und leichter einzuhaltenden Abstandsregelungen bald wieder aufmachen könnten". Der Landkreistag-Sprecher stellt im Übrigen wie Einzelhändlerin Weichelt positive Effekte fest. Derzeit sei ein gehöriges Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt spürbar: „Insofern ist die Krise – ohne zynisch zu klingen – gesellschaftspolitisch durchaus mit positiven Effekten verbunden. Jedenfalls zeigt die Politik derzeit auf allen Ebenen, dass sie sehr entscheidungs- und handlungsfähig ist. Das tut einer Demokratie gut. Daran hatten ja einige Teile der Bevölkerung gezweifelt."

HILFEN

718.000

Betriebe haben bis zum 20. April Kurzarbeit beantragt.

4.000

Anträge auf Grundsicherung wurden in den ersten drei Aprilwochen allein beim Jobcenter Frankfurt/Main gestellt.

8.500

Beschäftigte bearbeiten Kurzarbeit-Anträge – vierzehn Mal mehr als in normalen Zeiten.

QUELLEN: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, HESSENSCHAU

FOTO: ULF BUSCHMANN

Politik im Shutdown

Wie sich die Ratsarbeit verändert: In Tornesch wird pragmatisch nach neuen Wegen gesucht

Autorin Susanne Dohrn, SPD-Ratsfrau in Tornesch

Geschlossen: An der Rathaustür in Tornesch wird den Bürgerinnen und Bürgern erklärt, was Sache ist, auf Deutsch und Arabisch.

Die Normalität liegt in Trümmern, auch in der Kommunalpolitik. Aber die Demokratie muss weiter funktionieren. Jetzt sind Pragmatismus und Lernen aus der Krise angesagt.

Die Ruhe vor dem Sturm

In der Fraktion juxen wir darüber, dass wir uns besser nicht die Hand geben. Was wir nicht im Ansatz ahnen: Ein Schwarzer Schwan ist im Anflug. So nennen Ökonomen unwahrscheinliche Ereignisse, die extreme Folgen haben. Wir bereiten derweil den Ausschuss Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildung vor, der in vier Tagen stattfinden soll. Platz für ein bisschen mehr Abstand im Sitzungsraum lassen wir. Das C-Wort hat inzwischen jeder von uns gehört. Außerdem tagen wir in dünner Besetzung. Ich wohne in Schleswig-Holstein, aber aus meiner Stadt nutzen Bewohner, die in Hamburg arbeiten, die ersten März-Wochen zum Skifahren in Österreich und der Schweiz. Sie kehren am Wochenende zurück, ein Schub für die Virus-Verbreitung in Hamburg und Umgebung. Am Tag nach unserer Sitzung, es ist der 13. März, erklärt die Bundeskanzlerin den „Verzicht auf alle nicht notwendigen Veranstaltungen". Man solle soweit wie möglich alle Sozialkontakte vermeiden. Vor ihr sitzen die Pressevertreter dicht an dicht. Ein letztes Bild aus nicht mehr normalen Zeiten.

Mail-Alarm am Wochenende

Samstagabend, 14. März. Kinos haben geschlossen, Einladungen wurden abgesagt. Der Schwarze Schwan ist gelandet. Das Pling, Pling der eintreffenden Mails nervt, und diesmal sind es keine Spams. Die Vorsitzende des Finanzausschusses unserer Stadt schreibt, sie halte es für fahrlässig, weiterhin Ausschusssitzungen oder die Ratsversammlung abzuhalten. Sie schlägt vor, unaufschiebbare Entscheidungen im Mail-Umlaufverfahren zu beschließen. Der Bürgervorsteher und die Fraktionsvorsitzenden sind einverstanden. Wir haben nur ein Problem: Umlaufbeschlüsse haben rechtlich keinen Bestand. Sitzungen per Videokonferenz sieht das Gesetz ebenfalls nicht vor.

Stillstand statt Endspurt

Das Rathaus schließt am 16. März für den Besucherverkehr. Der Sitzungs-Endspurt vor Ostern fällt aus. Der Ausschuss Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildung: abgesagt. Ebenso der Bau- und Planungsausschuss am 23. März, in dem ich Sprecherin meiner Fraktion bin. Desgleichen die Ratsversammlung am 24. März. Die Termine werden auf die letzte April-Woche verlegt. Komisches Gefühl. Was eben noch superwichtig war, kann plötzlich mehr als vier Wochen warten.

Seit Monaten setzen wir uns beispielsweise für die Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens entlang einer vielbefahrenen Landstraße ein, wo bislang nur ein holpriger Radweg auf dem Bürgersteig existiert. Der ist ungeeignet für Radler, die schnell unterwegs sein wollen. Die Befürworter des motorisierten Verkehrs können sich mit der Idee nicht so recht anfreunden. Ihre Argumente: Es gibt weniger Platz für Autos, weil die Straße schmaler wird. Parkplätze fallen weg. Es muss ein Sicherheitsabstand von 1,5 Metern zum Radfahrer eingehalten werden, man muss also gegebenenfalls langsam fahren und den Gegenverkehr abwarten. Was in normalen Zeiten undenkbar ist, ist jetzt normal: Vorfahrt für Radfahrer. Alle unsere Straßen sind Fahrradstraßen. Autos sind fast keine unterwegs. Eilige Entscheidungen trifft die Bürgermeisterin und setzt uns in Kenntnis.

> **Was eben noch superwichtig war, kann plötzlich mehr als vier Wochen warten.**
>
> Susanne Dohrn

Im Testbetrieb: Fraktionssitzung per Videokonferenz mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Lichte

Abstand halten, zu Hause bleiben

Die Zahlen der Infizierten steigen weiter. In meiner Stadt gibt es die ersten Toten. Seit dem 23. März sind die Ausgangsbeschränkungen noch strenger: Spaziergänge nur zu zweit oder im Kreise der im Haushalt lebenden Familienmitglieder. Vor meinem Supermarkt steht ein Wachmann.

Wir Kommunalpolitikerinnen und -politiker müssen überlegen, wie es weitergehen soll. Inzwischen findet nur noch Ende April eine Ratsversammlung statt. Das ist eine öffentliche Sitzung, aber der Sitzungsraum im Rathaus ist zu klein für den notwendigen Sicherheitsabstand zwischen den Ratsmitgliedern und zwischen den Besuchern, falls welche kommen. Wir könnten mit weniger Ratsmitgliedern tagen, wenn die Mehrheitsverhältnisse gewahrt sind, das spart Platz. Wer teilnimmt und wer nicht, müssten wir als Fraktion überlegen. Also üben wir zuvor zum ersten Mal eine Sitzung per Video-Konferenz. Die Premiere zeigt: Die Technik ist verbesserungswürdig. Sobald sich der achte Teilnehmer hinzuschaltet, sind andere Teilnehmer nicht mehr zu sehen oder zu hören. Schwarze Schwäne testen auch die Verwundbarkeit von Gemeinwesen. Jetzt rächt sich, was bislang versäumt wurde: Digitalisierung ernst nehmen – technisch und politisch.

FOTOS: SUSANNE DOHRN

Schulen im Stresstest

Die Corona-Krise stellt das Bildungssystem auf die Probe
Erste Lockerungen für das Homeschooling seit Ende April

Autorin Karin Billanitsch

Die Corona-Krise hat das Schulsystem vor riesige Herausforderungen gestellt. Fast von einem Tag auf dem anderen mussten die Bundesländer vorsorglich Schulen schließen, der Unterricht von zu Hause eingeführt und organisiert werden. Eine Belastungsprobe für Schüler, Eltern und Lehrer, die die unterschiedlichsten Probleme zu bewältigen hatten. In Deutschland stellen einzelne Bundesländer zwar Zugänge zu digitalen Unterrichtsplattformen bereit – ein einheitliches Vorgehen gibt es aber nicht.

Einige Anlaufschwierigkeiten

Vielerorts gab es Anlaufschwierigkeiten, etwa in Berlin. Nach der Erfahrung von Norman Heise vom Landeselternausschuss des Landes Berlin funktionierte das digitale Lernen zu Beginn zeitweise nicht sehr gut. Die bereitgestellte Plattform „war nie darauf ausgelegt, in so einer Krise, die wir gerade haben, die Verteilerbasis zu sein, sagte Heise. Problematisch ist aber, dass die individuelle Ausgangssituation an den Schulen so unterschiedlich ist. Während manche Schulen digitale Werkzeuge schon länger nutzen, müssen sich andere ganz neu einfinden und stoßen dabei auch an ihre Grenzen. „Da erleben wir gerade sehr unterschiedliche Erfahrungsberichte“, sagt Heise.

Stefanie Hubig (SPD), Bildungsministerin in Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der Kultusministerkonferenz (KMK) resümiert das bisherige Homeschooling als „sehr gut gelungen“. In einem Interview mit vorwärts.de sagte sie: „Die Situation seit dem 12. und 13. März 2020 hat uns vor so große Herausforderungen im Bildungsbereich gestellt, wie wir sie bisher noch nie hatten. Gemessen daran ist es in allen Bundesländern sehr gut gelungen, mehr oder weniger von einem Tag zum anderen von Hundert auf Null herunterzufahren und den Unterricht zu Hause fortzusetzen. Auf eine solche Situation war schließlich niemand vorbereitet.“

Neben dem uneinheitlichen Vorgehen in den Regionen machen Experten allerdings auf ein weiteres Problem aufmerksam: Weil zu Hause die verschiedensten Voraussetzungen vorliegen und nicht jedes Kind Rechner, Drucker oder eine gute Internetverbindung hat, sehen Experten soziale Nachteile. So warnte die GEW zu Beginn des Lockdown: „Es wird zu massiven sozialen Ungleichheiten kommen.“

> **Der Infektions- und Gesundheitsschutz steht an oberster Stelle all unserer Überlegungen.**
>
> Stefanie Hubig (SPD), Bildungsministerin von Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der Kultusministerkonferenz

„Krise verstärkt Nachteile“

Ilka Hoffmann von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sagte, es sei ein „Riesenproblem“, dass sich ohnehin bestehende Nachteile durch die Krise noch verstärken werden. Es gebe Schulen, die überhaupt kein Netz haben. „Da nützt auch eine Lernplattform nichts.“ Im Moment könne man jedoch sehr wenig machen, räumt sie ein. Man müsse sehen, was nach der Corona-Krise zu tun sei. Seit dem 4. Mai wurde deutschlandweit der Regelbetrieb teilweise wieder aufgenommen. In einzelnen Bundesländern hat der Schulbetrieb sogar schon früher begonnen. Zunächst gehen die Abschlussklassen, die vor Prüfungen stehen, wieder zurück sowie die obersten Grundschulklassen. Seit dem 4. Mai gehen auch all jene, die 2021 einen Abschluss machen, wieder in den Unterricht.

Die Kultusministerkonferenz hat am 29. April Empfehlungen für Schutzkonzepte, etwa für Klassenräume oder Schulbusse, vorgelegt. Worauf es dabei ankommt, erläuterte Stefanie Hubig: „Der Infektions- und Gesundheitsschutz steht an oberster Stelle all unserer Überlegungen. In Rheinland-Pfalz haben wir einen Hygieneplan erarbeitet und sorgen jetzt mit den Kommunen dafür, dass er in den Schulen gut umgesetzt wird.“ Das bedeute etwa, dass Desinfektionsmittel, Seife und Einmalhandtücher zur Verfügung stünden und Abstandsregeln eingehalten würden. „Das betrifft die Schulen wie die Kitas“, betonte die Bildungsministerin. Sie räumte allerdings auch ein, dass all das „nicht von heute auf morgen gelingen“ könne. Außerdem sagte sie mit Blick auf die geplante Ausweitung der Notbetreuung: „Wir wissen, dass es für Eltern gerade extrem schwierig ist, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Deshalb ist es auch wichtig, dass es eine funktionierende Notbetreuung gibt. Das ist allemal auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.“

Präsenzunterricht vor dem Sommer

Jede Schülerin und jeder Schüler soll vor den Sommerferien wochen- oder tageweise in die Schule zurückkommen und dort Präsenzunterricht erhalten, sind sich die Kultusminister der Länder einig. Darüber hinaus hatten die Bundesländer wegen der Krise erfolgreich erwirkt, dass ein Teil der Digitalpaktmittel jetzt schnell auch für Online-Lehr- und Lernangebote eingesetzt werden kann. Das Bundesbildungsministerium stellt nun 100 Millionen Euro aus dem „Digitalpakt Schule“ für digitalen Unterricht bereit, um während der Corona-Pandemie den Unterricht weitestgehend aufrechtzuerhalten.

FOTO: THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET

Für Schülerinnen und Schüler, die sich auf Abschlussprüfungen vorbereiten müssen, hat der Unterricht wieder begonnen.

Essen für bedürftige Kinder

Potsdam richtet kostenlosen Bringdienst ein

Autorin Karin Billanitsch

Hoher Besuch in einer Potsdamer Kiezküche: Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat gemeinsam mit Oberbürgermeister Mike Schubert eine Küche im Bisamkiez besucht, die für Kinder und Jugendliche auch in der Corona-Krise kocht. Sie ist normalerweise für die Lieferung von Schulessen verantwortlich.

Die Landeshauptstadt Potsdam versorgt regulär rund 2.500 Kinder in Kitas und Schulen aus berechtigten Familien mit kostenfreiem Mittagessen, wie eine Rathaussprecherin auf Anfrage der DEMO mitteilt. „Jetzt, in der besonders schwierigen Situation der Corona-Pandemie wollen wir die Familien nicht alleinlassen, sondern weiter unterstützen, indem wir ihnen dieses Mittagessen an die Tür bringen." Das Angebot ist am 8. April gestartet und sehr gut angelaufen, heißt es. Knapp 1.000 Kinder in rund 500 Haushalten bekommen derzeit eine warme Mittagsmahlzeit. Das wird gut angenommen: „Unser Team erreichen sehr positive Rückmeldungen. Eltern nehmen dieses Angebot sehr dankbar an und empfinden die Lieferung als echte Entlastung", erzählt die Sprecherin.

Mike Schubert (r.) und Hubertus Heil besuchen eine Kiezküche. Kommunen können bald die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für einen Bringdienst nutzen, verspricht Heil.

Die Landeshauptstadt Potsdam koordiniert den Bringdienst und arbeitet dabei zusammen mit vier Caterern und zwei Fahrdiensten. Ein weiterer Partner ist die Potsdamer Tafel, die gleichzeitig Lebensmittel-Pakete an diese Haushalte ausliefert. Alle Beteiligten arbeiteten in dieser besonderen Situation hervorragend zusammen und sorgten mit großer Umsicht und viel Engagement dafür, dass Familien unterstützt werden könnten, so die Sprecherin.

Ein Engagement, das auch Bundesarbeitsminister Heil unterstützen will. In der Krise sollen Kommunen Bundesmittel auch dafür nutzen können, bedürftigen Kindern ein kostenloses Essen nach Hause zu liefern. Dafür könnten sie Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket flexibler nutzen, stellte der Bundesarbeitsminister bei seinem Besuch der Küche klar. Bislang können nur Kita- oder Schulessen bezuschusst werden. „Das ist in der aktuellen Situation aus Infektionsschutzgründen nicht möglich", sagte Heil. Ein Rundschreiben des Ministeriums soll den Kommunen Rechtssicherheit verschaffen, bestätigte Heil. So können mehr Kinder in ganz Deutschland profitieren.

Frauenhäuser schlagen Alarm

Leben auf engstem Raum – Gewalt gegen Frauen nimmt zu

Autorin Laura Strübbe

Das Kontaktverbot sorgt dafür, dass viele Menschen mehr Zeit miteinander in den eigenen vier Wänden verbringen. Das birgt großes Konfliktpotenzial, wie Bundesfamilienministerin Franziska Giffey warnt: „Auf engem Raum viel Zeit miteinander zu verbringen, kann zu einer Verschärfung häuslicher Gewalt führen". Rückmeldungen aus Frauenhäusern geben Giffey Anlass zur Sorge, dass in diesen Zeiten mehr Frauen aufgefangen werden müssten. Wie Maria Noichl, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), es zugespitzt auf den Punkt bringt: „Kontaktsperren dürfen nicht dazu führen, dass Frauen keine Auswege mehr aus häuslicher Gewalt finden."

Lücken im Hilfesystem gibt es ohnehin: Mehr als 14.000 Plätze fehlen, warnte der Verein Frauenhauskoordinierung e.V. Anfang März, vor dem Weltfrauentag. Verstärken werden sich die Probleme durch verschärfte Infektionsschutzvorschriften und Erkrankungen von Mitarbeiterinnen, die Engpässe auslösen. Aufnahmestopps sind nur eine Folge davon, dazu kommen erhöhte Wartezeiten am Hilfetelefon. Giffey betont aber in einem Gastbeitrag für vorwärts.de: „Wie sehr sich die Lage in den eigenen vier Wänden in den letzten Wochen verschärft hat, wissen wir womöglich erst nach Ende der Krise, wenn Frauen vermehrt Hilfs- und Beratungsangebote wahrnehmen."

Aber schon jetzt sei klar: „Auch in Zeiten von Corona müssen Frauen, die von Gewalt betroffen sind, die Hilfe bekommen, die sie benötigen. Wir setzen alles daran, um den Betrieb und die Funktionsfähigkeit des Hilfesystems aufrechtzuerhalten – zum Beispiel mit dem kostenlosen Hilfetelefon ‚Gewalt gegen Frauen', das unter der Nummer 08000 116 016 für viele Frauen eine erste Anlaufstelle ist." Mit den Bundesländern hat Bundesministerin Giffey darüber hinaus verabredet, dass unbürokratisch Hotels oder leer stehende Ferienwohnungen durch Länder und Kommunen für die Unterbringung ausgeweitet werden können, wenn die Kapazitäten in den Frauenhäusern erschöpft sind.

> **„Auch in Zeiten von Corona müssen die Frauen, die von Gewalt betroffen sind, die Hilfe bekommen, die sie benötigen.**
>
> Franziska Giffey,
> Bundesfamilienministerin

Zu Hause ist für viele Frauen ein gefährlicher Ort. Die Gefahr von Gewalt verschärft sich aktuell.

Gastbeitrag von Franziska Giffey
vorwärts.de

FOTOS: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG; THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET

„Bühne des Lebens in der Stadt“

Städtebauliche Prozesse laufen dank moderner Kommunikation auch während der Corona-Pandemie weiter. Ein Gespräch mit Uwe Bodemann, Stadtbaurat in Hannover

Interview Karin Billanitsch

Blickpunkt Öffentliche Räume gestalten

ZUR PERSON

Nach seinem Abitur 1974 studierte Uwe Bodemann von 1975 bis 1978 an der Fachhochschule Oldenburg im Fachbereich Bauwesen, von 1979 bis 1985 dann Architektur an der Universität Hannover. Nach beruflichen Stationen in Hamburg und Bremen ist Bodemann, Jahrgang 1955, seit dem Jahr 2008 Stadtbaurat in Hannover. Außerdem ist er Mitglied im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH) und des Bau- und Verkehrsausschusses des Deutschen Städtetags. Er plant, Ende Oktober 2020 in den Ruhestand zu gehen. *(KB)*

Welche Bedeutung hat der öffentliche Raum für Menschen gerade in Großstädten?

Der öffentliche Raum – Straßen, Plätze und Parks – haben in der europäischen Stadt immer eine besondere Rolle gespielt. Sie sind die Bühne des Lebens in der Stadt. Der öffentliche Raum ist Erholungsort, Treffpunkt, ja auch Ort der Selbstdarstellung. Er ist nicht zuletzt der Raum für Feste oder auch der Raum für politische Manifestationen. Öffentliche Räume geben dem Wohnen und Leben in den Städten ihren Sinn. Gerade in den Tagen der Kontaktsperren während der Corona-Krise nehmen wir alle wahr, wie ruhig und leer eine Stadt wird, wenn das öffentliche Leben in den Straßen und auf den Plätzen zum Erliegen kommt.

Laufen die Prozesse in Ihrem Bereich unbehindert weiter? Oder sind Sie im Krisenmodus?

Dank moderner Technik und guter Organisation laufen alle Prozesse in unseren Bereichen weiter. Allerdings ist es für uns wie auch für Menschen, die unsere Dienstleistung erwarten, eine vollkommen neue Situation. Wir kommunizieren nur noch über Mail, Telefon oder Video. Ich persönlich vermisse den direkten Kontakt im Haus zu Kolleginnen und Kollegen, Bauherrinnen und Bauherren sowie Architektinnen und Archtitekten. Ich glaube fest daran, dass der unmittelbare Kontakt nicht zu 100 Prozent durch die digitale Kommunikation ersetzt werden kann. Nur durch den persönlichen, mitunter auch den spontanen, ungerichteten Kontakt entstehen Anregung und Kreativität.

Welche Erkenntnisse ziehen Sie aus der Corona-Pandemie?

Gerade in diesen Tagen stellen wir fest, dass wir hier in Deutschland in vielen Bereichen unseres Lebens gut aufgestellt sind. Ich beziehe dies auf die grundsätzlich infrastrukturell ausgerichteten Bereiche. Hier und heute sind es im Besonderen die Sektoren der gesundheitlichen Versorgung. Dies gilt insbesondere, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass es auch in angespannter Lage immer noch möglich ist, Patienten aus europäischen Nachbarländern hier im Lande zu behandeln. Gleichzeitig stellen wir fest, dass unsere digitale Infrastruktur deutlich verbessert werden muss und wir insgesamt lernen müssen, uns rechtzeitiger auf vergleichbare Situationen einzustellen.

Am Stadtrand von Hannover soll ein neues Wohnquartier entstehen: Kronsrode, das größte Bauprojekt Niedersachsens, wie es heißt. Vor welcher räumlichen Ausgangssituation standen Sie?

Angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt mussten wir Mitte des vergangenen Jahrzehnts feststellen, dass wir den Bedarf für neuen Wohnungsbau nicht mehr allein auf Flächen der Innenentwicklung oder Konversion abbilden können. Der Rat hatte uns daher beauftragt, den zweiten, bisher noch nicht realisierten Bauabschnitt der in den 1990er Jahren zu Zeiten der EXPO realisierten Kronsberg-Siedlung planerisch in Angriff zu nehmen. Dieser zweite, unmittelbar südlich angrenzende Bereich war im Flächennutzungsplan der Stadt bereits als Wohnbauland dargestellt und durch die Entwicklung des benachbarten EXPO-Geländes vorzüglich an das Stadtbahnnetz der Stadt angeschlossen. Zudem ist die Fläche dieses zweiten Bauabschnitts nördlich, östlich und südlich durch verschiedene parkartig gestaltete Freiräume gerahmt, sodass wir unser städtebauliches bzw. freiräumliches Konzept unkompliziert in dieses gut vorbereitete Passepartout einfügen konnten.

Wenn von Hannover die Rede ist, fällt oft der Begriff der „autogerechten Stadt“. Nun ist die Vision: Bis spätestens 2030 soll ein Teil der City autofrei sein. Arbeiten Sie schon an dieser Vision?

Mit dem Ziel, die Hannoversche Innenstadt bis zum Jahr 2030 autofrei zu gestalten, ist Oberbürgermeister Onay im Herbst vergangenen Jahres zur Wahl angetreten. Die Bauverwaltung entwickelt daraufhin gegenwärtig eine Vorstellung, wie sich die Idee, die Innenstadt autofrei, autoarm oder autoreduziert zu gestalten, umsetzen ließe, welche zeitlichen Schritte denkbar sein könnten und welche Potenziale hierdurch gehoben werden könnten. Ein erstes Referenz-Projekt könnte der anstehende Umbau der Schmiedestraße im Herzen der Innenstadt sein. Insbesondere ein umgestalteter Hanns-Lilje-Platz an der Marktkirche könnte in diesem Zusammenhang eine Schlüsselstellung im Hinblick auf eine stärkere Verknüpfung der Hannoverschen Altstadt und des Stadtraumes an der Leine mit der Einkaufstadt in der City einnehmen.

Grün- und Freiflächen, Sportplätze und Spielflächen kommen wegen der Nachverdichtung in Innenstädten oft zu kurz. Wie geht Hannover mit dem Konflikt zwischen Bebauung und für die Gesundheit wichtigen Freiflächen um?

Hannover erkennt den Zielkonflikt zwischen den Flächenansprüchen für z.B. Wohnungsbau und dem gleichzeitigen Bedarf an Flächen für Sport, Freizeit, Erholung und Natur in der Stadt. Den politischen Gremien liegt daher gegenwärtig ein umfassendes Freiraumentwicklungskonzept zur Beratung vor. Flankiert wird dieses Planwerk durch einen Sportentwicklungsplan. Bereits bei den ersten Überlegungen für neue Wohngebiete finden diese Planwerke Berücksichtigung.

In die konkrete Entwurfsphase werden von Anbeginn Landschaftsarchitekturbüros einbezogen, damit bereits zu einem sehr frühen Planungsstadium die Aspekte Freiraum, Natur und Landschaft in der Stadt aufgenommen werden können.

Worauf freuen Sie sich am meisten, wenn die Ausgangsbeschränkungen wieder gelockert werden?

Ich freue mich schon heute darauf, auf einem der wunderbaren Plätze in der Stadt – vielleicht an dem soeben umgestalteten Hohen Ufer an der altstädtischen Leine – bei gutem Wetter unter vielen Menschen, die sich dann wieder in der Stadt bewegen, eine Tasse Kaffee zu trinken.

FOTO: LHH

Das ausführliche Interview demo-online.de

Blick auf das Spinelli-Gelände, auf dem die Buga 23 unter anderem stattfinden wird.

Grüne Visionen für die Buga 23

In Mannheim laufen die Vorbereitungen zur Großveranstaltung im Jahr 2023 auf Hochtouren

Autor Harald Sawatzki

Die Zukunft kann nicht warten. Und genau deshalb enden die Planungen für die Bundesgartenschau, die im Jahr 2023 in Mannheim stattfindet, nicht mit diesem Datum. Mannheim denkt weiter. Die Stadt wirbt für die Schwerpunkte, die während der „Buga 23", aber erst recht darüber hinaus, für die Präsentation des Großereignisses bestimmend sein sollen: Klima, Umwelt, Energie und nachhaltige Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln.

Die Besonderheit dieser sommerlangen Veranstaltung wird sein, dass sie zu großen Teilen auf einem 82 Hektar großen Gelände – den einstigen Spinelli Barracks – eingerichtet wird, das bis 2015 von der US-Army militärisch genutzt wurde. Nachdem das amerikanische Militär abgezogen war, übernahm die Stadt Mannheim alle sogenannten Konversionsflächen, insgesamt sind das über das gesamte Stadtgebiet verteilte 570 Hektar.

Groß angelegte Renaturierung

Auf dem einstigen Spinelli-Areal werden nun 62 Hektar renaturiert, als Gartenschaugelände kultiviert und nach dem Abschluss der Schau 2023 an die Mannheimer als Landschaftspark übergeben. Ein Löwenanteil der insgesamt 82 Hektar bleibt dauerhaft begrünt und verstärkt die positiven Einflüsse der Frischluftschneise „Grünzug Nordost". Für den Ausbau dieses 220 Hektar umfassenden Grünzugs, in dessem Zentrum sich das Gartenschaugelände befindet, bewilligte Mannheims Gemeinderat vor geraumer Zeit rund 100 Millionen Euro.

Als „ein Highlight kommunaler Entwicklungspolitik" lobte der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Peter Hauk die Gartenschaupläne. Für die Realisierung dieses einmaligen Stadtentwicklungsprojektes beantragte Mannheim unter der Führung von Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) beim Land etwa 57 Millionen Euro. Für einen Teil der Investitionssumme gibt es bereits Zusagen: So will das Wirtschaftsministerium sich an den städtebaulichen Kosten beteiligen, das Verkehrsministerium sicherte Gelder für den Bau eines Radschnellweges zu. Und das Umweltministerium dürfte ebenfalls Gelder zur Finanzierung des Gesamtvorhabens beisteuern.

Das neue Gartenschaugelände ist mit dem Luisenpark, einem 40 Hektar großen Gartenschau-Areal aus dem Jahr 1975, verbunden. In drei Jahren können die Gäste mit einer zwei Kilometer langen Seilbahn über den Neckar vom Spinelli-Gelände zum Luisenpark und zurück schweben. Spinelli wird im Norden und im Süden von neuen Städtebauprojekten abgeschlossen. Der Übergang vom Erholungsgrün in die Wohnlandschaften soll laut der Stadt Mannheim „die Grünstrukturen des Landschaftsparks aufgreifen". Vorgesehen ist ein Städtebau mit begrünten Innenhöfen und Straßenbegleitgrün, den sogenannten „Grünfingern". Der Rahmenplan sieht den Neubau von 2.200 Wohnungen vor, die sich in das Gesamtkonzept der Buga 23 einfügen sollen. Zentrales Gebäude auf dem Spinelli-Gelände wird eine ehemalige Lagerhalle der Army: Auf 22.000 Quadratmetern bietet sie Platz für Blumen-Ausstellungen, Sport- und Kulturangebote, für Gastronomieeinrichtungen und Freizeit-Vergnügen.

Der Geschäftsführer der Bundesgartenschau Mannheim 2023 gGmbH Michael Schnellbach unterrichtet den Aufsichtsrat – dem Oberbürgermeister Peter Kurz vorsitzt – alle drei Monate über den Stand der Dinge. Trotz Corona-Krise läuft alles nach Plan: „Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir keine Veranlassung, wegen der Coronakrise am Zeitplan der Vorbereitungen für die Buga 2023 zu zweifeln. Es ist noch drei Jahre hin, unsere Terminplanung steht unverändert", so eine Sprecherin. Für Kurz ist übrigens Nachbar Heilbronn ein großes Vorbild, wo 2019 die Bundesgartenschau stattfand. Während eines Besuchs in Heilbronn bei Gastgeber Harry Mergel (SPD) zeigte sich der OB beeindruckt: „Vernetzt mit der Region und den führenden Akteuren, besticht die Heilbronner Buga mit einer unglaublichen Vielfalt in einem neuen Format." Was hier entstünde, werde nicht nur große Vorbildfunktion haben, sondern sei auch nachhaltig angelegt, so der OB. Innovativ waren die Heilbronner insbesondere, weil sie dauerhaftes Wohnen und die Grünanlagen der Schau städtebaulich kombiniert haben.

> **Die Heilbronner Buga besticht mit einer unglaublichen Vielfalt in neuem Format und hat eine große Vorbildfunktion für Mannheim.**
>
> Peter Kurz (SPD), Oberbürgermeister in Mannheim

In Mannheim soll dem Thema Klimaschutz großer Raum gegeben und untersucht werden, welche Pflanzen und Bäume den veränderten Klimabedingungen, Hitze -und Dürreperioden gewachsen sein könnten. Eine neuartige Möglichkeit zur Energiegewinnung wollen die Planer beim Bau eines Radschnellweges anbieten: Es ist an einen Oberflächenbelag gedacht, der ähnlich wie Solarpaneel funktioniert.

Und schließlich könnte auch ein neues Konzept zur Erweiterung des Angebots an Nahrungsmitteln Aufmerksamkeit erregen: „Foodfarming mit Aquaponik", so der Arbeitstitel. Dahinter versteckt sich die Idee, die Aufzucht von Fischen in einer Aquakultur mit dem Einsatz von Nutzpflanzen zu kombinieren. Es könnte in der Zukunft einen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln leisten.

FOTO: BUGA 23/DANIEL LUKAC

Kleingärten sind Stadtgrün

Kleingärten erleben einen Imagewandel, viele junge Neupächter streben nach einem Schrebergarten. In der Corona-Krise sind die grünen Oasen besonders wertvoll

Autorin Karin Billanitsch

Das traditionelle Ostereiersuchen auf dem Gelände des Kleingartenvereins Kolonie Abendruh im Südwesten von Berlin musste in diesem Jahr ausfallen. Die Kinder der Berliner Hobbygärtner durften nur innerhalb der eigenen vier Zäune nach Nestern und Schokohasen Ausschau halten – schön auf Abstand zu den anderen Familien. Dennoch ist in Zeiten allgemeiner Ausgangsbeschränkungen wegen der Corona-Pandemie eine eigene Laube ein besonderes Gut. „Es ist ein absolutes Geschenk, gerade jetzt in dieser Zeit einen Schrebergarten zu haben", sagt Sylvia Brinkmann (Name geändert). In ihrem Garten blühen derzeit Tulpen und Narzissen, Stauden und Gemüsebeete umranden die Rasenflächen. In wenigen Tagen werden die Obstbäume in voller Blüte stehen.

„Man kann vor die Tür gehen in ein anderes Zuhause, wo man Platz hat, sich bewegen kann und an der frischen Luft ist." Die Wahlberlinerin kommt mit den zwei Töchtern im Teenageralter jetzt jeden Tag hierher, es ist eine Zerstreuung im Alltag von Homeoffice und -schooling. „Es ist eine Abwechslung für die Kinder und für die ganze Familie, und man hat das Gefühl, dass das Leben normal weitergeht", beschreibt Sylvia Brinkmann die Gründe. Man fühle sich nicht so beschränkt, weil man in dieses Grün gehen könne. Seit ein paar Jahren baut die Familie im fußläufig gelegenen Garten Erdbeeren und Rhabarber, Himbeeren und Zucchini an – und nutzt das Fleckchen Erde zur Entspannung.

Renaissance der Lauben

Nicht erst seit der Corona-Pandemie bewerben sich immer mehr jüngere Menschen und Familien für einen Schrebergarten. Harken und Jäten ist im Trend. Etwa eine Million Pächter von Kleingärten gibt es in Deutschland, die über Vereine, Landes- und Regionalverbände unter dem Dach des Bundesverbands deutscher Gartenfreunde (BDG) vereint sind. Dass die Neupächter jünger und oft Familien mit Kindern sind, hat auch BDG-Geschäftsführer Stefan Grundei beobachtet: „Bei den Anmeldungen der Neuinteressenten sehen wir ganz deutlich diesen gesellschaftlichen Trend. Auch die Zahlen der Studie ‚Kleingärten im Wandel' des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) belegen das." Das Durchschnittsalter liegt demnach bei 56 Jahren, mit der Tendenz nach unten.

Harken im Frühlingsgarten: Schrebergärten wie hier im Südwesten von Berlin bieten während der Corona-Krise einen willkommenen Rückzugsort.

> **Im Moment muss man froh sein, wenn die Flächen gehalten werden können.**
>
> Stefan Grundei, Geschaftsführer des Bundesverbands deutscher Gartenfreunde (BDG)

Kleingartenanlagen wie die Kolonie Abendruh, die 2019 ihr 100-jähriges Bestehen feierte, spielen eine wichtige Rolle für die grüne Infrastruktur der Städte. Nach der Studie des BBSR sind die meisten ganz oder teilweise öffentlich zugänglich. Stefan Grundei bestätigt, dass „das ganz klar ein Anspruch ist, der Standard sein sollte. Die Kleingartenareale sind Bestandteil des öffentlichen Grüns, die Gemeinschaftsflächen sollten frei zugänglich sein und im Optimalfall in das städtische grüne Wegenetz eingebunden sein." Und so auch einen großen Mehrwert für das ganze Stadtquartier bieten, auch für die Leute, die nicht Mitglied im Kleingärtnerverein sind. Er ist überzeugt: „Nur diejenigen, die das umsetzen, die es schaffen, dass Kleingartenflächen Mehrwert für die ganze Stadtgesellschaft haben, werden sich auf Dauer in verdichteten Innenstadtbereichen halten können. Alles andere wäre auf Dauer schwer zu vermitteln."

Flächen für den Wohnungsbau

Denn es gibt begehrliche Blicke auf die Kleingartenflächen: Die Städte brauchen mehr Platz für dringend benötigten Wohnungsbau. „Im Moment muss man froh sein, wenn die Flächen gehalten werden können", sagt Grundei. Bislang musste etwa Berlin diese wertvollen Reserven nicht in großem Stil angreifen. Nun sollen ab diesem Jahr laut vorliegendem Kleingartenentwicklungsplan (KEP) nach und nach fast 14 Hektar, das sind mehr als 430 Parzellen, bebaut werden. Die Kolonie Abendruh ist nicht bedroht: Sie ist durch den Bebauungsplan als dauerhaft gesichert eingestuft. „Man kann uns also nicht so leicht von hier vertreiben", sagte der Vorsitzende des Kleingartenvereins Hans-Wolfgang Koch.

Grundei betont, dass das Kleingartenwesen zur sozialen Gerechtigkeit beiträgt, was sich während der Krise besonders bestätigt: „Wir sehen gerade jetzt in der Corona-Pandemie, wie wichtig es ist, dass die Gärten fußläufig zu erreichen sind und sie wirklich einen Erholungswert für die Menschen haben. Kleingärtner besitzen ja im Regelfall keinen Balkon oder eigenen Garten und haben so einen Erholungsausgleich."

Es treffen sich in so einer Siedlung Junge und Alte, Familien, Studierte und Nichtakademiker, Menschen im Berufsleben ebenso wie Arbeitslose und Rentner – eine bunte Mischung. „Das ist das Schöne dabei", findet Sylvia Brinkmann. Man feiert – in coronafreien Zeiten – gemeinsame Feste auf Festplatz und Spielplätzen für die Gemeinschaft und die Nachbarn. Fast drei Jahre hat die Familie auf den Garten gewartet, so lang sind die Wartelisten in Berlin. Worauf sich Brinkmann in dieser Jahreszeit besonders freut, ist der erste Rhabarber-Kuchen mit Obst aus Eigenanbau. Ein Stück Normalität in einer Zeit der Krise.

FOTO: KARIN BILLANITSCH

Weitere Informationen

kleingarten-bund.de
bbsr.bund.de

Mobilität ganzheitlich denken

Wie Osnabrück mit dem preiswürdigen Mobilitätskonzept und einem Masterplan Verbesserungen für alle erreichen will

Autorin Maicke Mackerodt

Osnabrück ist nicht nur eine der geschichtsträchtigsten Städte Niedersachsens, mit mittelalterlichem Dom und spätgotischem Rathaus, in dem einer der wichtigsten Friedensverträge der europäischen Geschichte verhandelt wurde, der „Westfälische Friede". Jetzt ist die Friedensstadt auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Stadt, dafür wurde ihr der Titel „Deutschlands nachhaltigste Großstadt 2020" verliehen. Ausgezeichnet wurde die Universitätsstadt als eine von drei Städten für ihren Masterplan Innenstadt und ihr Mobilitätskonzept.

Die aufstrebende Stadt verzeichnete zuletzt Rekordwerte bei der Zuwanderung. Der Masterplan sieht deshalb neben einer dichteren Bebauung und der Schaffung von Grünflächen ein praxisnahes Mobilitätskonzept vor. Dazu gehört in der Innenstadt die Reduzierung des Autoverkehrs, weniger Platz für den motorisierten Nahverkehr. Radschnellwege sollen ausgebaut, die Bus-Flotte auf Elektrobetrieb umgestellt werden. Klingt nachhaltig, könnte aber zu Konkurrenz unter den Verkehrsteilnehmern führen. Nach dem Motto: Wem gehören die Straßen von Osnabrück?

Doch die Stadt hat einen interessanten Weg gefunden, den Verkehrsmix zu bewerkstelligen: Es gibt kein preisverdächtiges Flaggschiffprojekt, stattdessen viele unterschiedliche Maßnahmen, von denen einige nicht unumstritten sind. „Die SPD will vor allem die Mobilitätsformen, Autofahrer und Fußgänger, vom ÖPNV bis zum Radverkehr zusammenfügen und so für alle Osnabrücker Verbesserungen erreichen", sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Susanne Hambürger dos Reis. „Seit Jahren fordern wir, die Mobilität in Osnabrück ganzheitlich zu denken."

Eine Herausforderung ist vor allem die von Überlandlastern vielbefahrene, mehrspurige Ringstraße. Diese Bundesstraße 68 kann nicht umgeleitet werden, trotzdem soll ein Radverkehrsplan das Radeln sicherer machen. Dafür sollen stückweise Parkplätze abgebaut und in separate Bike-Lanes umgewidmet werden, was nicht allen Anwohnern gefällt. „Der LKW- und Durchgangsverkehr müssen aus der Innenstadt und den Wohnquartieren heraus", so Susanne Hambürger dos Reis. „Dafür braucht es Alternativen, die angenommen werden."
In Wohngebieten möchte die SPD ein Pilotprojekt mit Quartiersgarage ausprobieren, „um den Parkdruck aus Wohngebieten zu nehmen". Autofreie Wohnquartiere, inklusive Car-Sharing sind für die verkehrspolitische Sprecherin wichtige Bausteine, um die Konflikte zu lösen.

> **Aus unserer Sicht bringt es nichts, in unterschiedlichen Strategiepapieren die Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen.**
>
> Heiko Panzer (SPD), Verkehrspolitiker

„Aus unserer Sicht bringt es nichts, in unterschiedlichen Strategiepapieren die Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen. Lärmaktionsplan, Radverkehrsplan, Nahverkehrsplan und Beschlüsse zu einzelnen Straßenabschnitten, berücksichtigen nicht alle Verkehrsmöglichkeiten, und vor allem nicht stadtweit", erläutert Heiko Panzer (SPD). Der Verkehrspolitiker wirbt dafür, die ganze Stadt Osnabrück in den Blick zu nehmen. In der nächsten Ratssitzung will die SPD „einen konkreten, umfangreichen Mobilitäts-Maßnahmenkatalog vorlegen, der auch das Parken und alternative Routen mitdenkt. Wir möchten, dass die Mobilität über die Stadtgrenzen hinaus zukunftsweisend bestimmt wird", so der SPD-Politiker.

Keine herumliegenden E-Scooter

Inzwischen wurden erste kostenlose Fahrradabstellanlagen an Bushaltestellen und in der Innenstadt freigegeben. Zur Ergänzung der Verkehrsinfrastruktur gehören auch die E-Scooter. Die Stadtwerke hatten sich bemüht, ein Konzept zu erarbeiten, damit nicht unkoordiniert überall E-Scooter herumliegen und den öffentlichen Raum verunzieren. Nun geht es Heiko Panzer darum, bei dieser eher kritisch zu betrachtender Variante der E-Mobilität, wie er es nennt, Spielregeln zu vereinbaren, die ein wenig Nachhaltigkeit sichern. Wegen der Corona-Pandemie wurden die Angebote der Verleiher vorübergehend eingestellt.

Ehrgeizig ist die Idee des Sun-Gliders, zu Deutsch Sonnengleiters. Das neue Konzept ist gerade in engen Straßen willkommen und wurde von einem Osnabrücker Unternehmer entwickelt. Im Kern handelt es sich um ein 250 Kilometer langes, sternförmiges, solarbetriebenes Schwebebahnnetz. Es würde nahegelegene Orte an Osnabrück anbinden und durch die Stadt in konzentrischen Kreisen laufen. Den Strom bezieht das System aus seiner mit Fotovoltaik überdachten Terrasse, selbst E-Bikes würden Strom aus den Solarzellen des Gliders beziehen. Stadtrat, Stadtwerke und das Land Niedersachsen kooperieren. Eine Machbarkeitsstudie ist beauftragt, in fünf Jahren könnte eine Teststrecke entstehen. „Der Glider verspricht ein in sich nachhaltiges Transportsystem, eine Wertschöpfungskette ist in Europa vielleicht sogar regional möglich", so Heiko Panzer zu dieser „wunderbaren Idee".

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/JFS PIC FACTORY© THIELEMANN

Die Osnabrücker SPD will mit einem Pilotprojekt den Parkdruck aus Wohngebieten nehmen.

„Oldenburger DNA“

Das Fahrrad hat in der Verkehrsplanung der Stadt besonders hohe Priorität

Autor Ulf Buschmann

Die Liebe der Oldenburger zum Fahrrad ist legendär. Sie gehört zur DNA der Stadt.

Wes um die Stellung des Fahrrades geht, muss Ulf Prange nicht lange überlegen. „Das ist die DNA von Oldenburg“, sagt der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat von Niedersachsens drittgrößter Stadt. Wer in die Stadt nordwestlich von Bremen kommt, wähnt sich schon fast in den Niederlanden. 48 Prozent der Oldenburgerinnen und Oldenburger zwischen 14 und 69 Jahren benutzen einer Untersuchung zufolge täglich das Fahrrad als Verkehrsmittel. Und das quer durch alle Gesellschafts- und Altersschichten. „Das ist für eine Großstadt ein enorm hoher Wert“, sagt auch Oldenburgs Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (SPD).

Mittel- bis langfristig sollen es sogar noch mehr werden. Dafür gibt es bereits konzeptionelle Überlegungen. Zu diesen gehört ein nachhaltiger Mix aus mehr Fläche für das Fahrrad, den Protected Bike Lanes, und einiges mehr. Schon jetzt sind nahezu alle Einbahnstraßen der Stadt an der Hunte für Zweiradnutzer in beide Richtungen befahrbar. Schutzstreifen auf den Fahrbahnen gibt es kaum, dafür aber an einigen Stellen Wärmebildkameras. Sie erfassen Fahrradfahrer und sorgen für längere Grünphasen an den Ampeln. Basis des Ganzen ist der „Strategieplan Mobilität und Verkehr“ von 2014. Im Jahr 2018 gab es eine Evaluation und die Fortschreibung, 2025 soll der Strategieplan nach aktuellen Planungen auslaufen.

Allein in diesem Jahr fließen mehr als drei Millionen Euro in den Ausbau von Rad- und Fußwegen – alles in allem seien es 29 Einzelmaßnahmen. „Wir werden Rekordinvestitionen in diesem Bereich vornehmen und etwa 23 Euro pro Einwohner für Rad- und Fußwege ausgeben“, erklärt der Oberbürgermeister. Und: „Wir wollen den Ausbau der Radwege in den kommenden Jahren noch einmal verstärken, unsere Stadt wird damit weiter an Attraktivität gewinnen, und ein Beitrag zum Klimaschutz ist es auch.“ Auch radelnde Berufspendler hat er im Blick: „Mit besseren Radschnellverbindungen ins Umland wollen wir es noch attraktiver machen, mit dem Rad in die Stadt zu kommen.“

Oldenburgs Oberbürgermeister Jürgen Krogmann hält viel vom Verkehrsmittel Fahrrad.

Der hohe Komfort, den Fahrradfahrerinnen und -fahrer in Oldenburg genießen, hat der Stadt schon diverse Auszeichnungen eingebracht. So trägt sie den Titel „Fahrradfreundlichste Kommune Niedersachsens“ den die „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen“ (AGFK) alle vier Jahre vergibt. Und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) hat die Norddeutschen zu einer der fahrradfreundlichsten Städte gekrönt.

Langfassung des Artikels demo-online.de

Mehr Komfort für Fußgänger

Viele Kommunen denken um – Beispiel Bad Dürkheim

Autor Uwe Roth

Kommunen behandeln Fußgänger in ihrer Wertschätzung unterschiedlich. In manchen Städten müssen sie froh sein, wenn sie nicht nur als Störfaktor wahrgenommen werden. Zeichen dafür sind Fußgängerampeln im Zentrum, die länger als eine Minute Rot zeigen und bei Grün Passanten kaum Zeit lassen, um zügig bis zur Straßenmitte zu kommen. Die Begründung der Straßenverkehrstechnik für die nachberechtigte Lichtsignalschaltung ist seit langem die gleiche: Ein Verkehrsstau vor Ampeln ist für Fußgänger und die Innenstadt schlimmer als geduldiges Warten bei Rot und fließendem Autostrom. Woanders ist die Stadtplanung aber weiter: Hier sind Auto- und Fußgängerverkehr gleichberechtigt. Menschen sollen zu Fuß in verkehrsberuhigten Zonen nicht nur sicher von A nach B kommen, sondern sich auch außerhalb der Fußgängerzonen als Verkehrsteilnehmer wohlfühlen.

Die Stadt bietet zum Beispiel komfortable Sitzgelegenheiten, die zentral und dennoch geschützt vor Lärm und Luftbelastung zum Verweilen einladen. Sie sind zugleich ein Zeichen gegen die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums. Die wachsende Dichte an Straßencafés entlang attraktiver Wege und eintrittspflichtiger Veranstaltungen auf Plätzen, die eigentlich zum Flanieren gedacht sind, verengen die kostenlosen Freiräume der Einwohner. Doch seit drückende Sommerhitze und gleichzeitig zunehmende Staus von Jahr zu Jahr für die Menschen der Innenstädte unerträglich werden, setzt in den Kommunen bei der Planung des Fußverkehrs ein Umdenken ein. Hintergründe und Beispiele liefert das Deutsche Institut für Urbanistik in dem Buch „So geht’s – Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen.“

CHECKLISTEN

Fußverkehrs-Checks dienen der ersten Analyse der Gegebenheiten, bieten ein Forum für praxisnahe Vor-Ort-Diskussionen und führen zu punktuellen konkreten Verbesserungsvorschlägen bis hin zu Ansätzen einer systematischen Förderung des Zu-Fuß-Gehens in der Stadt. Der Fachverband Fußverkehr Deutschland hat dazu Listen erarbeitet: fussverkehrs-check.de

Mehr Komfort für Fußgängerinnen und Fußgänger geht auf Kosten des Autoverkehrs – nicht nur des fließenden, sondern auch des ruhenden. Parkplätze sind in Teilen der Kommunalpolitik vielerorts unantastbar. Das hat Christoph Glogger erfahren. Der SPD-Bürgermeister von Bad Dürkheim in Rheinland Pfalz hat im Stadtrat ein Mobilitätskonzept auf den Weg gebracht, dass mittlerweile verabschiedet wurde und dem Fußverkehr ein breites Kapitel widmet. „Für eine Stadt mit 20.000 Einwohnern ist das eher selten“, stellt er fest. Der Klimawandel und den Ruf als Kurstadt zu wahren, seien für die Initiative ausschlaggebend gewesen. „Die Diskussionen um die Ausweitung der Tempo-30-Zonen sind sehr emotional gewesen. Die Abstimmung dazu ist knapp ausgefallen.“ Mit viel Bereitschaft zu Kompromissen sei ein Scheitern verhindert worden, berichtet der Rathauschef.

Langfassung des Artikels demo-online.de

FOTOS: PETER DUDDEK, HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH

Märkte ziehen Menschen an

Zentrale städtische Plätze können beliebte Treffpunkte sein: Vor der Gestaltung sind einige Überlegungen nötig

Autorin Irmela Heß

Wer in einer fremden Stadt dem Hinweis „Marktplatz" folgt, landet meist im Stadtkern. Denn Marktplätze waren und sind zentrale Plätze, deren Geschichte bis in das frühe Mittelalter zurückreicht. Märkte entwickelten sich einst als Orte des Handels an verkehrsgünstigen Stätten. Hier finden auch heute Wochenmärkte und andere Veranstaltungen statt. Auch wenn sie in Zeiten von Supermärkten und Malls oft kein „Marktplatz" mehr sind: Die zentralen Stadtplätze bieten die Möglichkeit für öffentliches und gesellschaftliches Leben. Ob sie rege genutzt werden und so zur Belebung der Innenstadt beitragen, hängt von ihrer Gestaltung und ihrer Benutzbarkeit ab.

Nach Grünanlagen und Fußgängerzonen sind die zentralen Plätze den Bürgern wichtig, so das Ergebnis einer Kommunalbefragung, die die Bundesstiftung Baukultur im „Baukulturbarometer 2014/2015" erläutert. Wer einen Platz gestalten möchte, sollte zunächst wissen, wer ihn nutzen und was hier geschehen soll. Daneben sollten Fragen beantwortet werden wie „Wie ist die Verkehrsanbindung?" oder „Wie prägen die umgebende Bebauung und das Umfeld den Raum?". Eine Sozialraumanalyse kann ermitteln, wie der Platz gegenwärtig genutzt wird, und erforschen, welche Bedürfnisse mögliche Nutzer haben. Eine Befragung der Bürger zur künftigen Gestaltung kann wertvolle Anregungen bringen.

Als Qualitätsfaktoren gelten Verkehrsfreiheit, gute Erreichbarkeit und angenehme Atmosphäre, die unter anderem von der Gepflegtheit, Sitzgelegenheiten, Beleuchtung, Bodenbelag und Übersichtlichkeit abhängen kann. Auch Grünflächen, Beete und Wasserelemente können die Attraktivität steigern. Lokale Gastronomiebetriebe und Veranstaltungen wie Märkte ziehen Menschen an und bringen Lebendigkeit.

Dass sich die Kriterien für die Gestaltung ändern können, zeigt das Beispiel Neuwied. Der „Marktplatz" wird als Parkfläche genutzt. Der Wochenmarkt findet auf dem Luisenplatz mitten in der Fußgängerzone statt, die wie in vielen anderen Städten Ende der 70er Jahre eingerichtet wurde: Es gab einen Spielpatz, große Betonblumenkästen, Fahnenhügel und Wasserlauf sowie eine in den Boden eingelassene „Arena", die von den Neuwiedern scherzhaft „Lappeloch" genannt wurde, weil sie mit einem Stoffsegel überdacht war. Doch im Laufe der Jahre merkte man: Die festen Elemente nahmen viel Platz weg und sorgten für Unübersichtlichkeit, die Instandhaltung des Wasserlaufs war zu teuer, das „Lappeloch" verbrauchte viel Fläche, bot letztlich aber zu wenig Zuschauenden einen freien Blick auf die unten liegende Aktionsfläche und war zudem häufig Rückzugsraum von „unliebsamer Klientel", wie es damals hieß. Also wurde der Platz im Jahr 2003, damals unter SPD-Oberbürgermeister Michael Roth, erneut großflächig umgestaltet: Der Spielplatz blieb erhalten, der Rest wurde zur ebenen, abwechslungsreich gepflasterten Fläche. Auf der finden heute der Wochenmarkt, große Feste und Sondermärkte wie der stets sehr gut besuchte Gartenmarkt statt.

Ein Bild des beliebten „Mainzer Marktfrühstücks" aus coronafreien Tagen

FOTO: IRMELA HESS

Vom unwirtlichen zum lebenswerten Raum

Dass die Bürger mitreden möchten, wenn es um die Gestaltung „ihrer" Plätze geht, zeigt ein Beispiel aus Wiesbaden: Das Dern`sche Gelände ist ein innerstädtischer Platz in zentraler Lage neben dem Rathaus – angrenzend an den alten Marktplatz, der wiederum nahe dem Schlossplatz liegt. Nach dem Zweiten Weltkrieg diente es als Parkplatz. In den 1980er Jahren wurde eine massive Randbebauung samt Tiefgarage geplant, doch dagegen regte sich Widerstand. 1993 gab es deshalb den ersten Bürgerentscheid der Stadt, in dem 85 Prozent gegen die Pläne votierten. Eine Tiefgarage entstand, doch auf dem vormals unwirtlichen Gelände finden nun der Wochenmarkt und andere Veranstaltungen statt und es wird als Erweiterungsfläche für beliebte Feste auf dem Schlossplatz genutzt, wie die Rheingauer Weinwoche, das Stadtfest oder der Weihnachtsmarkt.

Per Entscheid scheiterte auch der Plan, auf dem historisch gewachsenen Liebfrauenplatz in Mainz einen Erweiterungsbau für das angrenzende Gutenberg-Museum zu errichten. Liebfrauenplatz, Markt, Höfchen und Leichhof bilden zusammen das Ensemble der Domplätze. Dort findet etwa das weithin bekannte „Mainzer Marktfrühstück" statt. Dabei treffen sich samstags in den Sommermonaten Tausende Menschen, um im Schatten des Mainzer Domes gemeinsam Wein(schorle) und kulinarische Kleinigkeiten zu genießen. Ein Beispiel dafür, wie bedeutsam die zentralen Plätze in den Augen der Bürger für das gesellschaftliche Leben sind.

Mehr Informationen zur idealen Platzgestaltung
stadtmarketing.eu/platzgestaltung

Ein Platz für Gütertausch

Der Begriff Markt wird von den lateinischen Begriffen „mercatus" (=Handel) und „merx" (=Ware) abgeleitet und bezeichnet seit dem Mittelalter einen Platz in Städten oder Dörfern, an dem regelmäßig Güter getauscht beziehungsweise Waren gehandelt wurden und werden.

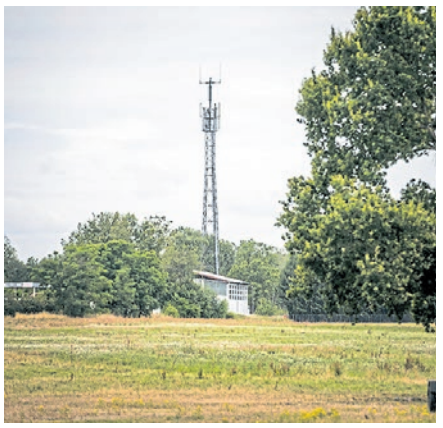
Das Recht, einen Markt abzuhalten (Marktrecht), war im Mittelalter für die Entwicklung einer Stadt oder eines Dorfes entscheidend und galt als erste Stufe zum Stadtrecht.

Auf dem Marktplatz wurde oft nicht nur gehandelt, sondern auch Recht gesprochen. Häufig steht auch das Rathaus am Marktplatz.

Kommunikations-initiative zu 5G

Minister Scheuer und Schulze schreiben an Kommunen

Gemeinsam mit den Kommunen will die Bundesregierung eine Kommunikationsinitiative zum Mobilfunkausbau und zum neuen Standard 5G starten. Der für Digitales zuständige Minister Andreas Scheuer (CSU) und Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) haben sich mit einem Schreiben an



Sendemast auf einem Feld

die Städte, Gemeinden und Landkreise gewandt. Damit reagieren sie auf den Widerstand, den es in vielen Orten gegen neue Mobilfunkanlagen gibt. Grund sind Befürchtungen, die Funkanlagen könnten die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen. Gemeinsam mit den Kommunen wolle man „die Urteilsfähigkeit der an der Diskussion Beteiligten schärfen, um besser zwischen wissenschaftlich fundierten Kenntnissen und bloßen Behauptungen unterscheiden zu können", schreiben Scheuer und Schulze. Als Unterstützung stellen sie den Kommunalpolitikern eine Sammlung von Fragen und Antworten zum Thema 5G zur Verfügung. Sie betonen, dass die elektromagnetischen Felder der Anlagen gesundheitlich unbedenklich seien. Die Bundesnetzagentur überwache, dass die Grenzwerte und Mindestabstände für Sendemasten eingehalten werden. Um das 4G-Netz zu vervollständigen, müssten gerade im ländlichen Raum noch weitere Sendemasten ermöglicht werden. 5G erfordere zudem neue und vielfach kleinere Sende-Infrastrukturen. An dieser Stelle appellieren der Minister und die Ministerin an die Kommunen, die Standortsuche für neue Mobilfunkanlagen aktiv zu unterstützen. *CFH*

www.bmvi.de/SharedDocs/DE/ArtikelDG/kommunikationsinitiative-mobilfunkausbau.html

Drei Fragen an …

Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Wie beurteilst du die Auswirkungen der Corona-Pandemie aus Sicht der Kommunalpolitik?

Wir sind in den Kommunen direkt mit den Auswirkungen der Krise konfrontiert und tun alles, um die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens aufrechtzuerhalten. Es geht um die Maßnahmen, die eine Ausbreitung des Virus eindämmen, die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung von Corona-Erkrankten und den Schutz derjenigen, die sie betreuen. Es geht um die Sicherstellung des Lebensunterhalts der Bürgerinnen und Bürger, die besonders von den Auswirkungen der Krise betroffen sind. Und schließlich geht es auch um die Stabilisierung der Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Eben aus diesem Grund halte ich es für absolut notwendig, dass die Praktikerinnen und Praktiker vor Ort auch in die Entscheidungsprozesse der übergeordneten Instanzen eingebunden werden. Ich finde es schwer erträglich, dass die Personen, die Maßnahmen vor Ort umsetzen sollen, durch Pressekonferenzen von Änderungen erfahren und im Nachgang stundenlang – teils tagelang – auf offizielle Erlasse und Verordnungen warten müssen. Mein besonderer Dank richtet sich hier auch an die vielen Beschäftigten in den Kommunen, der Wirtschaft und der Gesundheitsbranche, die in einer Ausnahmesituation ganz erheblich mit dazu beitragen, dass wir diese Krise bewältigen können.

Was erwartest du an dieser Stelle von Bund und Ländern, um den Kommunen zu helfen?

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Kommunen werden unabhängig von der Frage des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens vor allem ökonomischer und fiskalischer Natur sein. Es drohen massive Einbrüche bei den kommunalen Einnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Auf der anderen Seite haben wir coronabedingte Mehrausgaben und eine zu erwartende Steigerung der Sozialkosten. Deshalb muss es neben den notwendigen Maßnahmen zur Stützung der deutschen Wirtschaft, den Beschäftigten, den Kleinunternehmen sowie den sozialen Einrichtungen und Familien unbedingt auch Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen geben. Deshalb fordern wir als SGK auch einen Rettungsschirm für die Kommunen.

Was erwartest du von einem Rettungsschirm für die Kommunen?

Ich erwarte von Bund und Ländern, dass sie mit der gleichen Entschlossenheit wie für die Wirtschaft abgestimmt Maßnahmen ergreifen, die dazu beitragen, dass alle Kommunen handlungsfähig bleiben und die notwendigen Investitionen in die Zukunft tätigen können. Schließlich machen die kommunalen Investitionen den Großteil aller öffentlichen Investitionen aus. Um allen Kommunen zu helfen, muss jetzt die von der Kommission „Gleichwertige Lebensbedingungen" angestoßene Lösung für das kommunale Altschuldenproblem angegangen werden. Zudem bedarf es geeigneter Soforthilfen, genauso wie einer dauerhaften Sicherung der Einnahmebasis der Kommunen auch über das Jahr 2020 hinaus.

Ausschreibung für sechs Kommunalkongresse

Die SGK Niedersachsen plant in den Jahren 2020 und 2021 zwei landesweite und vier regional-thematische Kommunalkongresse. Ziel ist es, vor den anstehenden Kommunalwahlen die Kandidierenden und ihre Helfer zu coachen. Für die Vorbereitung und Durchführung der Kongresse hat die SGK Niedersachsen eine Ausschreibung gestartet. Angebote sind bis zum 23. Mai 2020 abzugeben. Die Submission findet am 26. Mai 2020 statt. Die Ausschreibungsinformationen finden interessierte Agenturen auf der Website der SGK Niedersachsen. *SGK*

sgk-niedersachsen.de

Soforthilfe für Kultur

Mit zwei Soforthilfeprogrammen unterstützt der Bund Kultureinrichtungen im ländlichen Raum. Der Deutsche Bibliotheksverband erhält 1,5 Millionen Euro für das Projekt „Vor Ort für alle". Gefördert werden Kulturstaatsministerin Monika Grütters zufolge u. a. Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Ausstattung und Umsetzung zeitgemäßer Bibliothekskonzepte. Pro Maßnahme können bis zu 25.000 Euro beantragt werden. Weitere 1,5 Millionen fließen in das „Soforthilfeprogramm Heimatmuseen" des Deutschen Verbands für Archäologie. Es ermöglicht in Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern den Bauunterhalt und die Modernisierung von Heimat- und Freilichtmuseen, Bodendenkmälern und archäologischen Stätten. *CFH*

Preis Umwelt und Bauen

Die Bewerbungsfrist für den 2020 erstmals ausgelobten Bundespreis Umwelt & Bauen wird verlängert. Bewerber haben noch bis zum 22. Mai 2020 die Möglichkeit, sich für den Bundespreis zu bewerben, teilt das Umweltbundesamt mit. Bewerben können sich „alle Akteure des Baubereichs", etwa Bauherren und Bauherrinnen sowie Bauträger, Büros für Architektur, Gebäudetechnik-, Stadt- oder Landschaftsplanung sowie Forschungseinrichtungen. Die Ausschreibung richtet sich an in Deutschland realisierte Bauwerke oder Quartiere in fortgeschrittener Planung. Es gibt die Kategorien „Wohngebäude", „Nicht-Wohngebäude", „Quartiere" und „Nachhaltigkeit und Innovationen". *KB*

umweltbundesamt.de

FOTOS: FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK.NET; DIRK BLEICKER

Seit zwölf Jahren in Aktion

„Rheinhessen gegen Rechts“ sagt Rassismus den Kampf an

Autor Jonas Jordan

Um ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu setzen, verabschiedeten 2008 mehrere politische Jugendorganisationen eine „Rheinhessen-Resolution“, Aus dieser Aktion heraus entstand kurz darauf anlässlich einer NPD-Demo der Verein „Rheinhessen gegen Rechts“. Dieser ist seitdem aktiv in der Region zwischen Mainz, Ingelheim und Worms – im städtischen wie im ländlichen Raum.„Wir müssen uns in unserer Arbeit immer wieder neu erfinden“, sagt Roland Schäfer, der seit der Gründung vor zwölf Jahren Vorsitzender des Vereins ist. „Als wir damals anfingen, haben wir noch über ein relativ kleines Personenpotenzial in Bezug auf klassischen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz und Rheinhessen gesprochen.“ Inzwischen seien Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen und entsprechend auch die Anforderungen an den Verein gewachsen.

Heute hat der Verein etwa 150 Mitglieder, so viele wie noch nie zuvor. Im vergangenen Jahr gab es aufgrund der aktuellen politischen Situation sehr viele Neueintritte. Neben den Anforderungen an den Verein haben sich auch die Aktionsformen verändert. „Es reicht nicht mehr, einfach nur zu Gegendemonstrationen aufzurufen“, sagt Schäfer. „Wir reden nicht mehr über ein Randphänomen. Früher waren die Fronten klarer. Es gab eine Gruppe von Rechtsextremen und die Mehrheit der Gesellschaft, die dagegen stand. Das verschwimmt.“

Deswegen mache sich der Verein auch nicht nur gegen Rechtsextremismus, sondern explizit auch für die Förderung der Demokratie stark. Dazu gehören regelmäßige Fahrten zu Gedenkstätten, beispielsweise in Osthofen, einem ehemaligen Konzentrationslager in der Nähe von Worms, ebenso wie Vorträge an Schulen. Zudem hat der Verein in den vergangenen Jahren auch mehrere größere Diskussionsveranstaltungen ausgerichtet, beispielsweise mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer oder ihrem Vorgänger und Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung Kurt Beck, aber auch mit dem früheren DFB-Präsidenten Theo Zwanziger, dem Moderator Michel Friedman oder den CDU-Politikern Julia Klöckner und Bernhard Vogel.

Da der Verein sowohl in größeren Städten wie Mainz und Worms, aber auch in Landkreisen wie Alzey-Worms oder Mainz-Bingen aktiv ist, hat er jeweils mit unterschiedlichen Herausforderungen zu kämpfen. „Gerade in kleineren Orten trauen sich die Menschen oft nicht, die Proteste selbst anzumelden, möchten aber daran teilnehmen“, sagt Schäfer. In vielen Gemeinden gebe es den Bedarf, etwas gegen Rechtsextremismus zu unternehmen, aber nicht die dafür notwendigen Strukturen. „Da treten wir immer wieder stellvertretend auf und unterstützen die Bürgerinnen und Bürger beim Protest.“

Schäfer selbst ist für die SPD Stadtrat in der 35.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Stadt Ingelheim. Dort war der Jurist zudem auch siebeneinhalb Jahre SPD-Ortsvereinsvorsitzender. Er kennt die Gegebenheiten vor Ort und weiß, dass die Unterstützung für den Kampf gegen rechts in den Kommunen oft von einzelnen Personen abhängt: „Wir sind darauf angewiesen, dass wir von den örtlichen Entscheidungsträgern unterstützt werden. Das gelingt überwiegend, aber auch nicht immer. Es gibt Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die uns proaktiv anrufen. Wir haben auch andere, bei denen wir eher unsererseits aktiv werden müssen.“

Dabei mahnt Schäfer: „Wir haben als kommunale Entscheidungsträger auch eine Verantwortung. Der Staat muss parteipolitisch neutral sein, aber er darf auch nicht schweigen. Denn unsere gesamte Rechtsstaatlichkeit beruht auf dem Gedanken ‚Nie wieder‘. Die Geschichte darf sich nie mehr wiederholen. Da sind die Kommunen in der besonderen Verantwortung, das, was rechtlich möglich ist, auch auszuschöpfen.“

Im Vorstand des überparteilich agierenden Vereins sind auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Parteien aktiv, wie beispielsweise die Bundestagsabgeordnete Tabea Rößner von den Grünen. Es gebe in der Region Rheinhessen einen breiten gesellschaftlichen Konsens, was den Umgang mit Rechtsextremismus angeht, sagt Schäfer. Das sei ein strategischer Vorteil in der Vereinsarbeit, aber nichts, worauf man sich ausruhen wolle. Aktuell sei es umso wichtiger, das Gemeinsame, das die Gesellschaft verbinde, zu betonen. Aus diesem Grund hat der Verein in der Corona-Krise eine Spendenaktion zu Gunsten von Ärzte ohne Grenzen ins Leben gerufen, um die Organisation im globalen Kampf gegen das Virus zu unterstützen.

Der Verein unterstützt Bürgerinnen und Bürger bei Protestaktionen.

FOTO: PRIVAT

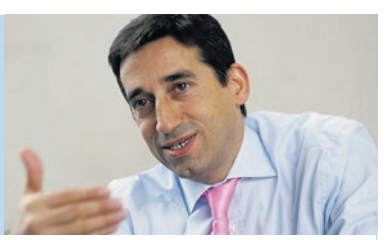
DEMO-SERIE

Immer häufiger sind Amts- und Mandatsträger Drohungen und Beleidigungen ausgesetzt. Zuletzt gaben ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker sogar auf. Wie mit den Anfeindungen umgehen? Welche Netzwerke für Betroffene existieren, was leisten staatliche Förderprogramme? Welche guten Aktionen gegen Hass und Hetze gibt es in den Kommunen? „Gemeinsam gegen rechts“ heißt die neue Artikelserie, die diese Themen beleuchtet.

Anzeige

„Überlassen Sie die Besetzung von Führungspositionen nicht dem Zufall …“

– Edmund Mastiaux, Inhaber



zfm

zfm • Seit 25 Jahren Personalberatung für Verwaltungen und kommunale Unternehmen
www.zfm-bonn.de

Die Rufe nach einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik nach dem Abflauen der Corona-Pandemie werden lauter.

Weichen für eine nachhaltige Wirtschaft nach der Corona-Zeit stellen

Die Pandemie wird tiefe Spuren hinterlassen. Aber auch wegen der Klimakrise kann nicht einfach der vorherige Status wiederhergestellt werden

Autor Henning Witzel

Jetzt gilt es, aus den Erfahrungen mit dem Coronavirus und seinen Ursachen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Denn Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und weltweite Mobilität, die Vernichtung und Schädigung von Ökosystemen und der Klimawandel sind große Herausforderungen, die weiter bestehen und nicht in den Hintergrund geraten dürfen.

„Staatliche Maßnahmen, die nach dem Abklingen der Pandemie wirtschaftliche Tätigkeit wieder anstoßen, sollten ... die Kriterien der Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen", heißt es in einer Stellungnahme der Leopoldina, der Nationalen Akademie der Wissenschaften. „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden" haben die Wissenschaftler ihre Studie von Mitte April 2020 überschrieben. Damit die Wirtschaft nach den Einschränkungen des Corona-Shutdowns wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrt, sollten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen „allerdings stärker als zuvor von Prinzipien der Nachhaltigkeit bestimmt sein, nicht zuletzt, weil hierin enorme Potenziale für die wirtschaftliche Entwicklung liegen", lautet die Empfehlung. Die nachhaltige Ausrichtung der jetzt getätigten Investitionen und Programme werden von den Wissenschaftlern der Leopoldina als „historische Chance" gesehen. Betont wird auch die Notwendigkeit einer transparenten Kostendiskussion, die auch die Kosten von Klima-, Umwelt- und der daraus resultierenden Gesundheitsschäden berücksichtigt. Dies alles sei „eine kaum zu überschätzende Verantwortung der Handelnden, so die Leopoldina-Wissenschaftler.

Nachhaltigkeit und Infrastruktur

Einen Ruf, den Fokus auf mehr Nachhaltigkeit zu legen, veröffentlichte auch eine überparteiliche europäische Initiative von Politikern, Unternehmenschefs, Gewerkschaftern, Verbänden und Experten aus ganz Europa. Zu den Mitunterzeichnern gehört auch Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). „Nach der Krise wird die Zeit des Wiederaufbaus kommen", heißt es in dem Aufruf. Die massiven Investitionen und die Pläne für den Aufschwung auf allen Ebenen müssten Klimaschutz und den Erhalt der Ökosysteme zum zentralen Teil der Wirtschaftspolitik machen. Schulze sagte, schon jetzt biete sich die Chance, ein neues Wohlstandsmodell zu entwickeln. „Dieses neue Modell muss sich an den Klimazielen orientieren, einer klimaneutralen Wirtschaft in ganz Europa den nötigen Rückenwind geben und uns helfen, auch künftige Herausforderungen gemeinsam zu meistern."

„Green Deal" für Europa

Bereits vor Ostern hatte Umweltministerin Schulze mit weiteren europäischen

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/CHRISTIAN SCHWIER

Umweltministern gefordert, im Zuge der Corona-Krise nicht die Gefahren des Klimawandels und des Artensterbens zu vergessen, und den europäischen „Green Deal" als Rahmen fürs Wiederankurbeln der Wirtschaft zu nutzen.

Die Liste der umweltpolitischen Forderungen ist lang. Der Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) will die Kommunen dazu bringen, mehr Fahrradstraßen und Fußgängerwege auszuweisen und flächendeckend Tempo 30 zu verhängen. Die Begründung: Rad fahren und laufen unterstützt das Ziel, COVID-19 einzudämmen. Studien aus China, den USA und Norditalien legen nahe, dass in Regionen mit hoher Luftverschmutzung die Sterblichkeit bei SARS- und Corona-Infektionen deutlich höher ist.

Dagegen malte der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats Wolfgang Steiger in der „Süddeutschen Zeitung" das Schreckgespenst der „De-Industrialisierung" an die Wand und forderte „Sonderwege" in der Klima- und Energiepolitik. Und bekam damit prompt Gegenwind aus den eigenen Reihen. „De-Industrialisierung droht nicht wegen unserer Klimapolitik, sondern wenn Zeichen der Zeit verschlafen werden", sagte Unions-Fraktionsvize Andreas Jung.

Tritbrettfahrer

„In Corona-Zeiten macht sich kreatives Recycling der eigenen Lieblingsforderungen breit" nennt das Autor Bernhard Pötter in der „taz". Oft wird das Virus als vermeintlich neues Argument missbraucht, um altbekannte Forderungen wieder aus der Mottenkiste zu holen. Aus allen Richtungen prasseln die Forderungen auf die Politik ein – für oder gegen Umweltschutz, Nachhaltigkeit oder diese und jene Steuer. Konkret wird es allerdings zunächst darum gehen, wirtschaftliche Aktivitäten so anzustoßen, dass die in diesem Jahr unvermeidliche Rezession nicht zu stark ausfällt. Dies erfordert ein entschiedenes Handeln von Seiten der Wirtschaftspolitik.

Die Leopoldina-Wissenschaftler weisen in ihrer Stellungnahme den Weg: „Auf der Ausgabenseite liegen vor allem staatliche Investitionen sowie der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen auf der Hand. Dabei sollten strukturpolitische Zielsetzungen, etwa im Hinblick auf die öffentliche Daseinsvorsorge und den Schutz von Gemeinschaftsgütern speziell in den Bereichen Gesundheits-, Klima und Ökosystemschutz, vorrangig berücksichtigt werden."

„Gefahren des Klimawandels nicht vergessen": Bundesumweltministerin Schulze

FOTO: FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK.NET

www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_überwinden_final.pdf

Anzeige

MEHR IMPULSE* BEI DER ENERGIE-VERSORGUNG.

MIT DEM ENTEGA NATURpur INSTITUT.

Das ENTEGA NATURpur Institut sieht sich als Impulsgeber für eine moderne Daseinsvorsorge. Es unterstützt anwendungsorientierte Forschungsprojekte und leistet damit einen Beitrag für die Entwicklung einer innovativen und zukunftsorientierten Energieversorgung. Das ENTEGA NATURpur Institut will zudem zum öffentlichen Diskurs über die Themen Klimaschutz und nachhaltige Versorgung anregen. Mehr Infos unter **naturpur-institut.**

EINFACH KLIMAFREUNDLICH FÜR ALLE.

entega | NATURpur INSTITUT

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 03-04/2020

Klimawandel, Migration, Diaspora, Entwicklung

Klimapartnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Kommunen tragen zu Minderung von Klimafolgen bei

Autor Burkhard Vielhaber

Der Klimawandel trifft die Ärmsten der Armen besonders hart. Informelle Siedlungen stehen häufig in für Erdrutsche, Überschwemmungen und Stürmen besonders gefährdeten Lagen. Die schwache Bausubstanz hat den extremen Wetterereignissen wenig entgegenzusetzen. Aufgrund von Dürren und stark veränderten Niederschlagsmustern decken auf dem Land die Ernten nicht länger den Ernährungsbedarf von Familien, die Landwirtschaft betreiben. Migration in bessergestellte Gebiete ist für sie oft die einzige Alternative.

Die Zugewanderten in Deutschland kennen die fragileren Strukturen in ihren Herkunftsländern und engagieren sich, um die negativen Folgen des Klimawandels abzufedern. Hier einige Beispiele:

Ludwigsburg ist mit über 93.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine internationale Stadt. Rund 40 Prozent der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Die Menschen tragen zur Entwicklung der Stadt bei und bringen sich entwicklungspolitisch ein. Im Juli 2017 gründeten rund 30 Vereine die Plattform „Eine-Welt-Forum Ludwigsburg" als Austauschforum. Unter ihnen der „Förderkreis Burkina Faso e.V.". Er unterstützt die trilaterale Partnerschaft zwischen Ludwigsburg, Montbéliard in Frankreich und Kongoussi in Burkina Faso.

Geld und CO_2 gespart

Burkina Faso ist eines der ärmsten Länder der Welt und ein großer Teil der Bevölkerung lebt von Subsistenzwirtschaft. Sie ist von ausreichenden Niederschlägen während der kurzen Regenzeit abhängig. Im Rahmen der gemeinsamen Klimapartnerschaft der drei Städte wird die Trinkwasserversorgung in sechs Dörfern durch neue mit Solarpumpen betriebene Brunnen verbessert. Um der Verunreinigung des Grundwassers sowie der Verbreitung von Krankheiten entgegenzuwirken, wurden Latrinen installiert.

Renaturierung der Fosu Lagune in Cape Coast.

Die behandelten Latrineninhalte werden in Kombination mit Bio-Kohle und organischem Dünger genutzt, um die Qualität der Böden zu verbessern. Dadurch sind die Ernte-Erträge besser und weniger anfällig für die Folgen des Klimawandels – zugleich wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Die neuen Brunnen funktionieren ohne fossile Brennstoffe. Das spart Geld und CO_2.

Bonn und die Stadt Cape Coast in Ghana stehen seit 2008 in partnerschaftlichem Kontakt miteinander. Im gleichen Jahr gründete sich auch der Verein „Partnerschaft Bonn-Cape Coast e.V.", der den Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene fördert. Er wird von der ghanaischen Diaspora in Bonn mitgetragen. Ziel der Klimapartnerschaft ist die Renaturierung der Fosu Lagune in Cape Coast. Sie dient als Lebensgrundlage für Fischer, ist Lebensraum für seltene Pflanzen und Tiere und hat eine wichtige Bedeutung für das lokale Klima. Der Klimawandel, wilde Müllkippen und die Einleitung von Abwässern haben der Wasserqualität, Fauna und Flora in den Uferbereichen stark zugesetzt. Das Verhalten der Anrainer-Bevölkerung spielt eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Maßnahmen zur Verbesserung von Wasser- und Umweltqualität. Die Aktivitäten in den Bereichen Umwelt- und Gesundheitsbildung wurden daher ausgeweitet. Der Verein „Partnerschaft Bonn-Cape Coast e.V." unterstützt das Vorhaben unter anderem dadurch, lokale Autoritäten für die Verbreitung des Umweltschutzgedankens zu gewinnen. Durch ihre wichtige Stellung in der ghanaischen Gesellschaft tragen die Stammesältesten als Klimabotschafter zum Projekterfolg bei.

> **„Der Entwicklungsetat bleibt 2021 stabil – das ist auch während der Corona-Pandemie wichtig.**
>
> Gerd Müller,
> Bundesentwicklungsminister

Im Februar 2020 fand in Düsseldorf das Auftakttreffen des neuen Projekts „Kommunaler Fachaustausch NRW – Ghana" statt.

Kommunaler Fachaustausch

Beide Klimapartnerschaften wurden von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beratend unterstützt und finanziell gefördert.

Ghana und Nordrhein-Westfalen verbindet viel. Seit 2007 ist die Republik Ghana Partnerland des Bundeslandes. Im Mai 2016 wurde die gemeinsame Absichtserklärung über Kooperationen in zahlreichen Bereichen neu unterzeichnet. Klima- und Ressourcenschutz ist eines von sieben Handlungsfeldern. Fünf Vereine der Ghana-Diaspora wirken dabei mit. Um insbesondere die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zu stärken, hat die SKEW im Februar ein neues Projekt gestartet: „Kommunaler Fachaustausch NRW – Ghana". Die gemeinsame Planung von Projekten soll dadurch erleichtert werden.

Außerdem führt die SKEW den bundesweiten Wettbewerb „Kommune bewegt Welt – der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung" durch. Beteiligen können sich alle Kommunen, die sich gemeinsam mit migrantischen Organisationen entwicklungspolitisch engagieren.

skew.engagement-global.de

FOTOS: ENGAGEMENT GLOBAL/MARTIN MAGUNIA

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

5.000 Masten gegen weiße Flecken in der Fläche

Mobilfunk soll auch Regionen erreichen, wo der Markt versagt hat

Autor Gustav Herzog, MdB

Digitale Infrastruktur ist das Nervensystem unserer modernen Gesellschaft. Mit zu den Herausforderungen der durch COVID-19 bedingten Umstände gehört, Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Wirtschafts- und Privatalltags aus dem Stand heraus zu digitalisieren. Online-Gitarrenunterricht und Vorstandsmeetings aus dem Homeoffice haben kaum Gemeinsamkeiten und doch greifen beide auf eine Infrastruktur zurück, die ihre Leistungsfähigkeit derzeit unter Beweis stellt. Die Verlagerung von zahlreichen Bereichen in virtuelle Räume erzeugt erhebliche zusätzliche Datenmengen. Es ist beruhigend, dass die Performance der Netze in der Summe stabil ist, und doch müssen wir unsere digitale Infrastruktur mehr auf zukünftige Notwendigkeiten ausrichten. Datenmengen wachsen exponentiell und Anforderungen an IT-Sicherheit und Geschwindigkeit waren so groß wie noch nie. Allein im Bereich der autonomen und vernetzten Mobilität werden die Datenmengen in den kommenden zehn Jahren auf schwindelerregende Höhen anwachsen, die in Millisekunden den Weg von der Quelle zum Zielort finden müssen.

Mobilfunkausbau geht mit der Glasfaser Hand in Hand. Als Teil gleichwertiger Lebensverhältnisse sollen auch LTE-Netze und 5G sukzessive aufgebaut werden.

Breitbandprogramm wurde entschlackt

Der 2018 abgeschlossene Koalitionsvertrag adressiert daher Aufgaben zur Schaffung der Voraussetzungen für eine moderne und hochvernetzte Gesellschaft. Flächendeckende Glasfaser, rechtlich abgesicherter Anspruch auf schnelles Internet ab 2025 und Anschluss von Schulen, Krankenhäusern und Gewerbegebieten bis 2021. Für diese Mammutaufgabe muss Politik auf allen Ebenen ineinandergreifen. Besonders der Kommunalpolitik kommt die bedeutsame Verantwortung zu, die Fördermöglichkeiten des Bundes und der Länder zu nutzen und den Ausbau vor Ort zu organisieren. Das Breitbandprogramm haben wir gleich nach Abschluss des Koalitionsvertrages entschlackt. Das Graue-Flecken-Programm hat nach erfolgreicher Notifizierung Gebiete mit einer Datenrate über 30 MBit/s im Fokus.

Als Bundespolitiker ist mir ein konstruktives Feedback aus den Reihen der Umsetzenden wichtig. Sind Fehler im System, dann brauchen wir eine Lösung. Bei Problemen bin ich im Schulterschluss mit meinen kommunalpolitisch Verantwortlichen in engem Austausch mit den Tiefbau- und TK-Unternehmen, die in meinem Wahlkreis für den Ausbau sorgen.

Der Mobilfunkausbau geht mit der Glasfaser Hand in Hand. Die Erschließung der ländlichen Räume bereitet große Probleme. Hohe Kosten und wenig zahlende Kunden sind Gift für den marktgetriebenen Ausbau. Funklöcher sind die Folge. Als Teil gleichwertiger Lebensverhältnisse wollen wir als Basisversorgung für flächendeckende LTE-Netze sorgen und 5G sukzessive darauf aufbauen. Dazu bedienen wir uns Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen.

Gustav Herzog, MdB, Berichterstatter für die Digitale Infrastruktur der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur

Funkfrequenzen sind ein knappes, öffentliches Gut, mit dem Mobilfunkunternehmen ihren privatwirtschaftlichen Umsatz erwirtschaften. Daher befürworte ich klar, dass für die Frequenznutzung zu bezahlen ist. Bislang ist die Auktion das Mittel der Wahl. Erlöse aus 2019 fließen über den Digitalfonds wieder zurück in die digitale Infrastruktur und über den Digitalpakt in die Schulen.

Die Frequenznutzung ist auflagenbehaftet: die Bevölkerung muss mit Mobilfunk versorgt werden. In der Vergangenheit waren die Auflagen aus damals relevanten Gründen ortsgebunden. Die Versorgung der Haushalte stand im Vordergrund. Weil mit 5G zunehmend Maschinen miteinander vernetzt werden, sind wir mit der Auktion 2019 deutlich stärker in die Fläche gegangen. Bis 2024 müssen alle Schienen- und Wasserwege, das gesamte übergeordnete Straßennetz und 98 Prozent der Haushalte mit einer Datenrate >100 MBit/s versorgt werden. 2025 versteigern wir 800-MHz-Frequenzen, die weiter in die Fläche ausstrahlen. Ich rechne fest damit, dass Funklöcher dann der Vergangenheit angehören. In der Zwischenzeit schließen wir weiße Flecken mit einem 5.000-Masten-Programm, für das die Richtlinie vorbereitet wird. Diese sollen dort installiert werden, wo der Markt versagt hat. Die Mobilfunker veranlassen wir zur kartellrechtlich maximal zulässigen Kooperation beim Infrastruktursharing, was langsam auch Früchte trägt. Die Bereitstellung von Standorten und Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung werden gerade intensiv beraten.

Vorbehalte gegen Mobilfunkmasten nehmen zu

Wie immer steckt der Teufel in den Details. In meinem Wahlkreis versuche ich an mehreren Konfliktstandorten zu vermitteln. Die Vorbehalte gegen Mobilfunkmasten nehmen zu, geeignete Standorte werden zur Mangelware. Auch hier kommt der kommunalpolitischen Ebene eine herausragende Verantwortung zu, transparent zu informieren, Vorbehalte abzubauen und in Kooperation mit den Betroffenen Standorte auszuwählen.

V.i.S.d.P.:
Carsten Schneider, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20, carsten.schneider@spdfraktion.de

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/RONALD RAMPSCH; PRIVAT

Gerade jetzt: Zuverlässige Energie- und Wasserversorgung!

Die Corona-Krise ist eine globale Herausforderung, die es in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam zu bewältigen gilt. Unser Alltag hat sich verändert – egal, ob in unserer Heimat Frankfurt Rhein-Main, Deutschland oder der gesamten Welt. Arbeiten, Kinderbetreuung oder Freizeit spielen sich gerade unter ganz besonderen Bedingungen ab. Eins bleibt bestehen: Mainova gewährleistet jederzeit die zuverlässige Versorgung ihrer Kunden und den sicheren Netzbetrieb in Frankfurt und der Rhein-Main-Region. Kühlschrank, Kaffeemaschine und Computer haben weiter Strom. Wir sorgen für warme Wohnungen. Wir liefern sauberes und einwandfreies Trinkwasser. Wir kümmern uns um unsere Kunden wie Krankenhäuser, Supermärkte oder Rechenzentren. Und das rund um die Uhr.

An 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr in Frankfurt und der Rhein-Main-Region für die Kunden im Einsatz – der Entstördienst

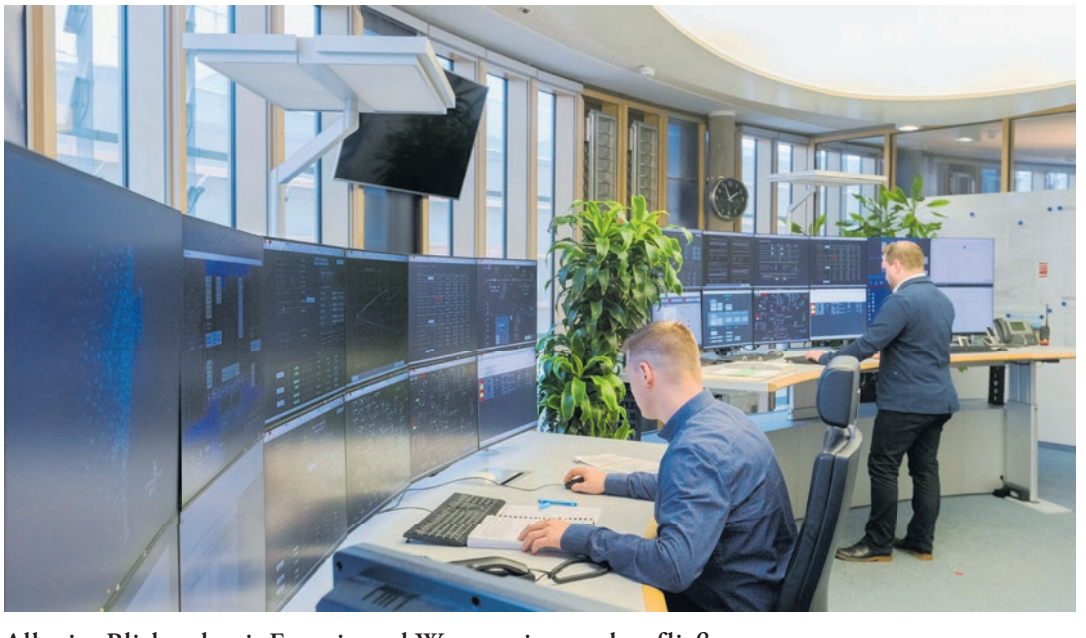
Damit Energie einfach funktioniert

Bei Mainova halten 2.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die zuverlässige Energie- und Wasserversorgung aufrecht. Als Hessens größter Energieversorger erfüllen wir unseren Auftrag als Betreiber kritischer Infrastruktur. Dies steht für uns an oberster Stelle. Gemeinsam mit unseren Tochtergesellschaften NRM Netzdienste Rhein-Main, Mainova ServiceDienste und SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main sorgen wir dafür, dass Energie weiter einfach funktioniert.

Auf Mainova ist Verlass

Als Energie- und Wasserversorger verfügen wir über einen ausgearbeiteten und etablierten Pandemieplan. Auch wir haben eine Vielzahl von Schutz- und Hygienemaßnahmen ergriffen. Unser größtes Augenmerk: der Schutz der Kunden, Geschäftspartner und Belegeschaft. Dies gilt vor allem für unsere Kraftwerks-Mannschaften, unsere Netz-Leitstellen oder den Entstördienst. Unser Ziel: den Betrieb und alle notwendigen Abläufe verlässlich aufrecht zu erhalten.

Wir tun alles dafür, damit unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin in der Lage sind, ihren Job gut zu machen – für die Menschen in der Region Frankfurt Rhein-Main. Natürlich bringt die aktuelle Situation im Tagesgeschäft Einschränkungen mit sich. Deshalb bleibt beispielsweise unser Servicecenter in der Frankfurter Innenstadt vorerst geschlossen. Trotzdem bleiben wir weiter für unsere Kunden erreich- und ansprechbar – telefonisch, mit einer E-Mail oder auf der Webseite. Damit alles wie gewohnt funktioniert, wenn nichts mehr wie gewohnt ist!



Alles im Blick – damit Energie und Wasser wie gewohnt fließen

Weitere Informationen:
www.mainova.de/de/versorgung

mainova

Nachhaltige Rezepte für die Verkehrswende

Öffentlicher Verkehr braucht pandemietaugliche Lösungen

Autor Henning Witzel

Das Verkehrswesen ist im Infektionsschutzgesetz nicht explizit genannt, aber wenn die Abstandsregeln – wie zu erwarten – monatelang andauern müssen, brauchen Städte und Gemeinden auch eine pandemietaugliche Mobilitätsinfrastruktur.

In der Theorie der Vor-Corona-Zeit ist das Rezept für die Verkehrswende in Deutschland einfach: weniger Autofahrten, mehr öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und eine gute Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger.

Vertrauensproblem

Solange viele Menschen von zu Hause aus arbeiten, sind im ÖPNV nur wenige Fahrgäste unterwegs, das Ansteckungsrisiko ist gering. Dennoch zeigt sich hier schon ein Grundproblem des ÖPNV. In Bussen und Bahnen habe ich keine Kontrolle über meine Mitfahrer und kann auch nur schwer den notwendigen Abstand einhalten. Der Individualverkehr vermittelt hier deutlich mehr Sicherheit, darum legen die Menschen in der Krise ihre Wege bevorzugt mit dem PKW, dem Rad oder zu Fuß zurück.

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/JOVANNIG

Wie kann in öffentlichen Verkehrsmitteln der notwendige Abstand zwischen den Fahrgästen eingehalten werden, um die Gefahren von Corona-Infizierungen zu minimieren?

So ist zu befürchten, dass das auch so bleibt, wenn das öffentliche Leben wieder anzieht, Geschäfte und Schulen wieder öffnen. Aber wenn die Menschen zuerst auf das Auto zurückgreifen, weil sie die Enge in Bussen und Bahnen vermeiden wollen, sind lange Staus vorprogrammiert. Um einen Verkehrskollaps in den Städten zu vermeiden, benötigen vor allem Pendler Alternativen zum PKW, um ohne Ansteckungsgefahr zur Arbeit zu gelangen.

Abstand halten muss auch in Bussen und Bahnen möglich sein. Von Taktverdichtungen bis zum Ausbau von Sitzen, um mehr Platz zu schaffen, ist vieles möglich. Hier müssen die Verkehrsunternehmen schnell handeln, wollen sie nicht langfristig viele Kunden verlieren. Dabei kommen auf Verkehrsunternehmen und Kommunen hohe Kosten zu.

Platz neu verteilen

Damit der empfohlene Sicherheitsabstand für viele eingehalten werden kann, darf auch die Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten von Rad- und Fußverkehr kein Tabu sein. „In der Praxis ist es aber nicht so einfach. Denn unser Rechtsrahmen ist entstanden und entwickelt worden mit dem Willen, das Privat-Kfz zu stärken“, so Prof. Dr. Andreas Knie vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Hier sind Bund und Länder aufgefordert, die regulatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

So sollten Radwege zumindest temporär auf die Fahrbahn verlegt werden, um auch Radfahrern zu ermöglichen, den vorgeschriebenen Abstand einzuhalten. Vor allem in den Innenstädten müssten auch Ampeln umprogrammiert werden, damit sich keine großen Gruppen bilden, die auf Grün warten.

vdv.de/coronavirus-informationen-ueber-die-auswirkungen-auf-den-oepnv.aspx

Anzeige

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 03-04/2020

Versorgungssicherheit in Zeiten von Corona

Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge sind systemrelevant und müssen störungsfrei weiterlaufen

Autor Dr. Arnt Baer, Leiter Verbände und Politik, GELSENWASSER AG

Corona hat Deutschland so überraschend wie hart getroffen. Allein die wirtschaftlichen Folgen werden schon jetzt mit der Finanzkrise von 2008 oder der Weltwirtschaftskrise von 1929 verglichen. In unsicheren Zeiten aber werden die Leistungen der „Daseinsvorsorge" nach Forsthoff noch wichtiger. Neben dem in einer Pandemie zentralen Gesundheitssystem müssen alle systemrelevanten Aufgaben störungsfrei durchlaufen. Denn was, wenn 80 Millionen Bürger, die gezwungen sind, ihre Zeit zu Hause zu verbringen, ohne Trinkwasser, Strom oder Abwasserentsorgung wären? Unternehmen mit diesen Aufgaben gelten als „kritische Infrastruktur", also Organisationen mit erheblicher Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere ernsthafte Folgen eintreten.

Trinkwasser gehört in Deutschland zu den am besten überwachten Lebensmitteln.

Trinkwasserqualität bleibt hoch

Von Beginn der Krise an gelten bei Gelsenwasser drei Kernziele: bestmöglicher Schutz aller Mitarbeitenden, Aufrechterhaltung der Versorgung sowie transparente Kommunikation. Das Umweltbundesamt hat bereits am 12. März festgestellt, eine Übertragung des Coronavirus über die öffentliche Trinkwasserversorgung sei höchst unwahrscheinlich. Das war wichtig, doch natürlich wird das Trinkwasser weiterhin täglich kontrolliert und erfüllt jederzeit die strengen Vorgaben der Trinkwasserverordnung. Daneben wurde auch der ohnehin enge Austausch mit den Gesundheitsbehörden noch intensiviert.

Frühzeitige Planung und Monitoring

Gemäß dem seit SARS vorhandenen Pandemieplan wurde früh Vorsorge getroffen, um das Infektionsrisiko bei den Mitarbeitenden so gering wie möglich zu halten. Mitarbeitende, die den Risikogruppen angehören, wurden frühzeitig durch Homeoffice geschützt. Die Hygienestandards des Robert-Koch-Instituts werden konsequent angewendet. Die Belegschaften arbeiten separat, tauschen sich nur über Telefon und digitale Medien aus und haben autarke Teams gebildet. Im Infektionsfall sind so nur wenige Mitarbeitende von Quarantänemaßnahmen betroffen.

Dr. Arnt Baer

Leitungswasser ist sehr gut gegen alle Viren, einschließlich des neuartigen Coronavirus, geschützt.

bundesumweltamt.de, 13. März 2020

Vor allem aber muss der Betrieb von der Verwaltung separiert werden. Denn gutes Trinkwasser nützt den Bürgern nur, wenn es jederzeit sicher ankommt. Hierfür wurden Schlüsselprozesse definiert wie die Aufbereitung des Trinkwassers in den Wasserwerken und die Förderung ins Rohrnetz. Gleiches gilt für die Rohrnetzbetriebe im Ruhrgebiet, Münsterland, am Niederrhein und in Ostwestfalen. Alle für einen zuverlässigen Betrieb notwendigen Arbeiten laufen uneingeschränkt weiter. In den Betrieben gelten indes verschärfte Hygienestandards und Verhaltensregeln. So dürfen Werkzeuge und Material nicht von „Hand zu Hand" übergeben werden. Vermeidbare Baustellen werden reduziert, um den öffentlichen Kontakt gering zu halten und Kapazitäten zu bündeln. Kundenbüros, Betriebsgebäude, Zählerwechsel, Entstörungsdienst, Baustellen – alle Themen, bei denen Kontakt zu Menschen besteht, müssen durchdacht werden. Ein extra eingesetzter Stab beurteilt regelmäßig die Entwicklung, um den derzeitigen Betriebszustand zur Not über Monate aufrechtzuerhalten.

Wirtschaftliche Folgen und Folgen-Abmilderungsgesetz

Auch wenn andere Branchen vom konjunkturellen Einbruch härter getroffen wurden, werden auch die Energie- und Wasserversorger unter Umsatzeinbußen, Liquiditätsengpässen oder gestörten Lieferketten leiden. Der Stromverbrauch in Deutschland ist Ende März bereits um 8 Prozent gegenüber dem Beginn des Monats gesunken. Eine Erholung der Lage in 2020 erscheint den Ökonomen bereits jetzt unwahrscheinlich.

Infolge des Folgen-Abmilderungsgesetzes können Haushaltskunden und „Kleinstunternehmen" die Bezahlung ihrer Energielieferung unter der Bedingung verweigern, dass sie erst durch den Shutdown in Zahlungsnot gekommen sind. Diese Maßnahme wurde aufgelegt, um die größte Not zu lindern. Eine schlechte Liquiditätslage der Kunden kann so indes unmittelbar auf die Versorger durchschlagen. Daher muss das Moratorium auf drei Monate begrenzt und eng gemonitort und notfalls gegengesteuert werden.

Im Netzwerk durch die Krise

In einer Zeit, in der persönliche Treffen unmöglich sind, muss der enge Austausch im Netzwerk über moderne Kommunikationstechnik über Wochen aufrechterhalten werden. Gelsenwasser unterstützt seine Partnerkommunen und Stadtwerke, wo es erforderlich ist. Kommunale Krisenstäbe werden bei Bedarf mit Fachleuten besetzt. Die Beteiligungen, meist eher kleinere kommunale Versorger, werden – soweit erwünscht – mit technischen und kaufmännischen Leistungen unterstützt. Auch hier helfen wir im Netzwerk aus, sei es personell über die entsandten Gremienvertreter und weitere Fachleute oder mit anderer Unterstützung. Die Geschäftsführer erhalten Informationen, um rechtssicher zu agieren. Denn die Taktung des Gesetzgebers wird hoch bleiben.

gelsenwasser.de, umweltbundesamt.de

FOTOS: GELSENWASSER

DEMO
KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt anmelden!

»KOMMUNE – SICHER – FAIR«

15. DEMO-Kommunalkongress

Berlin | 29.–30. Oktober 2020

Gemeindezentrum Schöneberg | Hauptstraße 125A | 10827 Berlin-Schöneberg

Freuen Sie sich auf interessante Reden und Impulse u.a. von:

CLAUDIA KEMFERT
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin

KEVIN KÜHNERT
Stellv. Vorsitzender der SPD, Juso Bundesvorsitzender

THEMENSCHWERPUNKTE

NACHHALTIGE KOMMUNE

- Anforderungen an die Mobilität von Morgen
- Klimaanpassungsstrategien für Städte und Gemeinden
- Erneuerbare Energiewirtschaft in Stadt und Land

GERECHTE KOMMUNE

- Sichere und saubere Stadt
- Grundrecht bezahlbares Wohnen
- Der Kampf um den öffentlichen Raum

KOMMUNE KONKRET

- Kommunales Personalmanagement
- Kommunalpolitik für alle ermöglichen
- Kommunikation: Rat, Verwaltung, Bürger

Wettbewerb Naturstadt

Projektideen aus Städten, Gemeinden und Landkreisen gesucht

Autor Till Rasch

FOTO: STOCK.ADOBE.COM©PIXARNO

Stadtnatur sorgt für gutes Klima und fördert die Lebensqualität.

Alle Kommunen in Deutschland sind eingeladen, sich am Wettbewerb „Naturstadt – Kommunen schaffen Vielfalt" mit Projektideen zum Schutz von Insekten im Siedlungsbereich und zur Förderung der Stadtnatur zu beteiligen. Der Wettbewerb wird vom Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V." durchgeführt. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) unterstützt das Projekt im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt finanziell mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Stadtnatur ist wichtig: Mit vielfältigen Ökosystemleistungen sorgt sie für gutes Klima, frische Luft, sauberes Wasser und funktionsfähige Böden. Vielen Menschen dient sie als Raum für Erholung und Naturerfahrung. Somit fördert sie unsere Gesundheit und Lebensqualität. Zudem bietet Stadtnatur zahlreichen Pflanzen- und Tierarten wichtige Lebensräume. Die ursprünglichen Habitate sind in der meist ausgeräumten Agrarlandschaft selten geworden. Der anhaltende Rückgang der biologischen Vielfalt schließt die Insekten mit ein. Von dieser Entwicklung sind auch wir Menschen betroffen: So sind Insekten beispielsweise von großer Bedeutung für die Bestäubung der heimischen Nutz- und Wildpflanzen.

Mit dem „Masterplan Stadtnatur" und dem „Aktionsprogramm Insektenschutz" hat die Bundesregierung jüngst zwei wichtige Handlungsprogramme zur Förderung der biologischen Vielfalt auf den Weg gebracht. Der Wettbewerb „Naturstadt – Kommunen schaffen Vielfalt" ist ein wichtiger Bestandteil dieser Handlungsprogramme und will Kommunen motivieren, sich verstärkt für die Erhaltung biologischer Vielfalt und insbesondere für den Schutz von Insekten einzusetzen. Denkbar sind beispielsweise Konzepte für die naturnahe, insektenfreundliche Pflege der städtischen Grünflächen, für die nachhaltige Gestaltung von Blühflächen und Pflanzungen oder für eine insektenfreundliche Beleuchtung. Auch Projektideen zur Förderung von Insektenlebensräumen an Gewässern, in Parks oder Gärten sind willkommen. Möglich sind ebenfalls Ideen und Konzepte für Umweltbildungsmaßnahmen. Gerne können Kooperationen mit lokalen Akteurinnen und Akteuren eingegangen werden. Wichtig ist, dass es sich um eine Idee handelt und nicht um ein bereits umgesetztes Projekt. Die 40 besten Projektideen werden von einer Jury ausgezeichnet und mit jeweils 25.000 Euro prämiert. Das Preisgeld ist zweckgebunden für die Umsetzung der Projektideen einzusetzen.

Das Bündnis unterstützt und berät die ausgezeichneten Kommunen bei der Umsetzung. Die aktuell mit der COVID-19-Pandemie verbundenen Beschränkungen verzögern in vielen Kommunen Absprachen und Beschlussfassungen zur Wettbewerbsteilnahme. Daher wurde die Frist zur Einreichung von Projektideen verlängert. Der neue Einsendeschluss ist der 30. Juni 2020.

wettbewerb-naturstadt.de

IMPRESSUM

ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Tel. (030) 740 73 16-00, Fax (030) 740 73 16-75
E-Mail: info@ask-berlin.de

Projektleitung/Anzeigen: Henning Witzel, Tel. (030) 740 73 16-36

Redaktion: Carl-Friedrich Höck

Layout: Heidemarie Lehmann

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Anzeige

Vorbereitet in die Krise

Ein Kommunikationsratgeber für Kommunalpolitiker

Damit eine Krise den Alltag von Kommunalpolitikern auf den Kopf stellt, braucht es keine Pandemie. Der Einsturz der Eislaufhalle in Bad Reichenhall, die Duisburger Loveparade-Katastrophe oder die Vogelgrippe auf Rügen geschahen für die Verantwortlichen überraschend. Auf solche Krisen vorbereitet sollten Bürgermeister und Landräte trotzdem sein. Das schreibt Johannes Latsch, Pressereferent aus dem hessischen Main-Taunus-Kreis. Für sein Buch hat er sich mit Kollegen, Politikern, Katastrophenschützern und weiteren Akteuren aus diversen Kommunen ausgetauscht. Aus den so gesammelten Erfahrungen entstand ein Buch, das kein Patentrezept für Krisenmanagement sein, aber den Betroffenen Rüstzeug an die Hand geben will. Dies ist durchaus gelungen.
Das Buch ist in drei Komplexe unterteilt. Im ersten geht es um Grundlagen: Was für Arten von Krisen gibt es? Was gilt es beim Personal und den Arbeitsabläufen im Krisenfall

zu beachten? Welche Rolle spielen die Sozialen Medien? Im zweiten Buchabschnitt schildert der Autor kurz und knapp Fallbeispiele kommunaler Krisenlagen. Anhand konkreter Ereignisse zeichnet er nach, was gut und was schiefgelaufen ist. Schließlich geht der Autor einzelne Elemente der Krisenkommunikation durch und gibt dazu praktische Tipps. So etwa: Welche Körperhaltung hilft, ein TV-Interview unfallfrei zu überstehen? *CFH*

Johannes Latsch:
Bürgermeister und Krisenkommunikation
Kommunal- und Schulverlag 2019,
240 Seiten, 19,80 Euro,
ISBN 978-3-8293-1416-9

Wahlen

In Bayern wurden am 15. und 29. März die Chefsessel in 54 Rathäusern und 71 Landratsämtern neu besetzt. Insgesamt konnte die SPD die Zahl ihrer Oberbürgermeister bzw. Oberbürgermeisterinnen von 17 auf 20 steigern. Drei Landkreise werden von der SPD regiert, vor den Wahlen waren es vier. Das Rathaus in Ingolstadt fiel nach fast einem halben Jahrhundert wieder an die SPD. **Christian Scharpf** gewann die Stichwahl am 29. März mit 59,3 Prozent deutlich vor dem Konkurrenten der CSU Christian Lösel. In Nürnberg konnte sich der SPD-Kandidat Thorsten Brehm in der Stichwahl nicht durchsetzen. Zum Nachfolger von Ulrich Maly wurde **Marcus König** (CSU) gewählt, mit 52,2 Prozent. Dagegen bleibt die Landeshauptstadt rot: Oberbürgermeister **Dieter Reiter** (SPD) ging mit 71,7 Prozent als klarer Sieger aus der Stichwahl in München hervor. Dort war er gegen Kristina Frank (CSU) angetreten. In Augsburg unterlag der Sozialdemokrat Dirk Wurm in der Stichwahl gegen **Eva Weber** (CSU, 62,3 Prozent). Siegreich war die SPD dagegen in Regensburg. **Gertrud Maltz-Schwarzfischer** setzte sich mit 50,7 Prozent in der Stichwahl gegen Astrid Freudenstein (CSU) durch. Oberbürgermeister von Würzburg bleibt **Christian Schuchardt** (CDU), der bereits im ersten Wahlgang auf 52 Prozent Stimmenanteil kam. Noch deutlicher fiel das Ergebnis im ersten Wahlgang für **Thomas Jung** aus: Der Sozialdemokrat erreichte 72,9 Prozent und bleibt OB von Fürth. In Erlangen ist ebenfalls einem Sozialdemokraten die Wiederwahl gelungen: **Florian Janik** gewann die Stichwahl mit 54,5 Prozent gegen Jörg Volleth (CSU). Auch außerhalb Bayerns wurde gewählt: Leipzigs sozialdemokratischer Oberbürgermeister **Burkhard Jung** kam im zweiten Wahlgang am 1. März auf 49,1 Prozent. Das genügte für eine weitere Amtszeit. In Bietigheim-Bissingen bleibt **Jürgen Kessing** (SPD) als OB im Amt. Er gewann die Wahl am 8. März mit 54,7 Prozent der Stimmen. Oberbürgermeister von Rheinfelden bleibt **Klaus Eberhardt** (SPD). Als einziger Kandidat wurde er am 26. April mit 94,2 Prozent Zustimmung wiedergewählt.

Anzeige

GÖTTINGEN
SPD

Die Göttinger SPD sucht für die Stadt Göttingen

EINE OBERBÜRGERMEISTERKANDIDATIN ODER EINEN OBERBÜRGERMEISTERKANDIDATEN (M/W/D).

Die Stadt Göttingen, ein Oberzentrum in Südniedersachsen mit rund 134.000 Einwohner*innen, wurde 1964 in den Landkreis Göttingen integriert, ist jedoch weiterhin den kreisfreien Städten gleichgestellt (Göttingen-Gesetz bzw. aktuell das NkomVG).

Das Leben in der Stadt ist stark von der Georg-August-Universität sowie zwei weiteren Hochschulen geprägt. Zahlreiche Forschungseinrichtungen, unter anderem die Max-Planck-Gesellschaft, die Leibniz-Gemeinschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und das Deutsche Zentrum für Luft und Raumfahrt, weisen Göttingen als bedeutenden Wissenschaftsstandort aus.

Mit zwei kommunalen Theatern, dem Göttinger Symphonieorchester und vielen weiteren kulturellen Einrichtungen, Veranstaltungen und Festivals – so z. B. den Internationalen Händelfestspielen und dem NDR2 Soundcheck Festival – ist Göttingen eine bedeutende niedersächsische Kulturstadt mit internationalem Flair.

Auch die lebendige Sportlandschaft mit den Leuchttürmen BG Göttingen und Tour d' Energie macht die Attraktivität der Stadt aus.

Die Stadt besitzt eine dynamische Wirtschaftsstruktur, vor allem auch durch eine Anzahl von Ausgründungen aus der Universität. Der größte Arbeitgeber ist die Universitätsmedizin Göttingen. Eine nennenswerte Anzahl von Firmen beschäftigt sich mit Messtechnik. Größtes Unternehmen ist die Sartorius AG, ein weltweit agierender Konzern mit Hauptsitz in Göttingen.

Seit 2006 stellt die Sozialdemokratie in Göttingen den Oberbürgermeister. Die Mandatsverteilung im Rat setzt sich ab 2016 wie folgt zusammen: 15 SPD, 11 CDU, 9 Grüne, 3 FDP, 3 Linke, 2 Piraten und 3 Sonstige. SPD und Grüne bilden ein Haushaltsbündnis.

Gesucht wird eine politische Persönlichkeit, die die notwendigen fachlichen und persönlichen Erfahrungen mitbringt. Vor allem

- Führungserfahrung in der öff. Verwaltung oder vergleichbare Erfahrungen in der Wirtschaft zur Leitung einer Stadtverwaltung mit über 2000 Mitarbeiter*innen und kommunalen Beteiligungen,
- Kompetenzen in der Team- und Projektarbeit,
- die Fähigkeit zur Entwicklung innovativer und kreativer Ideen,
- ein hohes Maß an sozialer Kompetenz, Eigeninitiative und Belastbarkeit,
- Kommunikations- und Verhandlungsstärke,
- sowie die Bereitschaft zum Praktizieren von Bürgerbeteiligung.

Die Kandidatin bzw. der Kandidat bringt idealerweise eine hohe Identifikation mit den Zielen und Grundwerten der SPD mit.

Bei mehreren geeigneten Personen wird es einen parteiinternen Auswahlprozess geben. Die Nominierung erfolgt im Frühjahr 2021, die Wahl wird voraussichtlich im September 2021 stattfinden – eine evtl. Stichwahl zwei Wochen später.

Die niedersächsische Kommunalverfassung sieht eine Amtszeit als Beamter bzw. Beamtin auf Zeit für fünf Jahre vor sowie die Besoldungsgruppe B8.

Bewerbungen werden erbeten bis zum 30.06.2020.

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an die Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes Göttingen, Insa Wiethaup.

SPD Stadtverband Göttingen | Nikolaistraße 30 | 37073 Göttingen
Mobil 0176/41585143 | Mail insa.wiethaup@spd-goettingen.de

Von der Rolle

Mit dem Antragsformular WC 38a können Taunussteiner exklusiv bedrucktes Toilettenpapier bestellen – für einen guten Zweck

Autorin Karin Billanitsch

Ein Klopapier-Dummy vor dem Rathaus in Taunusstein. Die Lieferung wird für Mai erwartet.

Drei Wellen – zwei grüne oben und eine blaue unten – umrahmen den Schriftzug Taunusstein. Das ist das schlichte Logo der Stadt im südhessischen Rheingau-Taunus-Kreis – unweit von Wiesbaden, malerisch von Hügeln umgeben. Das Logo können nun viele Menschen auf dem stillen Örtchen bewundern.

Der Magistrat der Stadt hat nämlich seine eigene Klopapier-Edition in Auftrag gegeben und das am 1. April auf Facebook verkündet. Doch was als Aprilscherz begann, hat sich zu einer runden Aktion ausgewachsen: Wer die Papierrollen mit dem Logo der Rheingau-Kommune kauft, tut gleichzeitig etwas Gutes und spendet Geld für die Tafel in Taunusstein.

„Das war natürlich nur als spontaner Aprilscherz geplant", sagte der Bürgermeister Sandro Zehner. Aber die Resonanz sei so positiv gewesen, man habe offenbar einen Nerv getroffen. Auf Youtube richtet Zehner seinen Appell an die Zuschauer: „Klopapier brauchen Sie mit Sicherheit nicht mehr. Sie haben sich mindestens bis 2023 damit eingedeckt", sagt er mit Blick auf die bundesweiten Hamsterkäufe. „Was wir aber brauchen, ist Unterstützung, vor allem die Menschen denen es nicht so gut geht." Insbesondere jene, die sich normalerweise über die Tafel versorgen, die aber in der Krise geschlossen hat. Dafür könne man das Taunussteiner Klopapier erwerben. Für fünf Euro pro Rolle – die direkt an die Tafel gehen, damit diese zum Beispiel Supermarkt-Gutscheine ausgeben kann. Einfach das Formular WC38a im Internet herunterladen, ausfüllen – fertig. Mehr als 20.000 Euro hat die Idee des städtischen Klopapier-Lieferdienstes bereits eingebracht. Die Kosten teilen sich die Stadt, der örtliche Energieversorger und die Sparkasse.

Wie es überhaupt dazu kommt, dass ausgerechnet das flauschige Papier für den Allerwertesten so über alle Maßen in der Krise gehamstert wird, da sind die Experten ratlos. Ohne diese Entwicklung wäre der Taunussteiner Scherz wohl versandet.

Schade nur, dass die Gemeinde Fuchstal in Bayern nicht auch beizeiten das Einsatzpotenzial von mit dem Stadtlogo bedrucktem Toilettenpapier erkannt hat. Dort hat ein Verwaltungsangestellter 2006 aus Versehen eine ganze Lastwagenladung Klopapier geordert. 12 Jahre lang hat der Vorrat an einlagigem, grauen Papier gereicht. Bedruckt mit dem Fuchstaler Wappen hätte der Bürgermeister einen ordentlichen Gewinn machen können. Weder Fuchstal noch Taunusstein haben wohl davon geträumt, ausgerechnet durch Klopapier berühmt zu werden. „Aber", nimmt Zehner es locker, „warum nicht?"

DEMO 05-06/2020 erscheint am 26. Juni 2020

mit folgenden Themen:

In der kommenden Ausgabe der DEMO dreht sich alles um die Herausforderungen des **Klimaschutzes in Kommunen.** Gut durchdachte Konzepte können Energiekosten senken und den Finanzhaushalt entlasten. Beispiele zeigen, wie Städte und Gemeinden ihren Beitrag zu den Klimazielen leisten. **Mobilität** ist der Schwerpunkt im Report.

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:
Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin), Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin), Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-355

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin,
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführung: Karin Nink, Kerstin Thomberg

Anzeigen/Vertrieb: ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 37 vom 1. Januar 2020

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs Ausgaben im Jahr

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 10 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Litho: Satzstudio Neue Westfälische Gmbh & Co KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme".

FOTOS: STADT TAUNUSSTEIN; CC0 VIA WIKIMEDIA COMMONS

vorwärts

LIEBER DIGITAL LESEN

70.000

sind schon dabei.
Komm auch DU dazu – entdecke das vorwärts-E-Paper!

Melde Dich jetzt hier an:
spd.de/vorwaerts-epaper

Sobald eine neue Ausgabe veröffentlicht ist,
wirst Du ganz bequem per E-Mail informiert.

Viel Spaß!

MEHR INHALTE, MEHR FUNKTIONEN UND ÜBERALL DABEI!

MIT KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN

KOMMUNAL NACHHALTIG HANDELN
KOMMUNAL GLOBAL ENGAGIERT
GLOBAL VERANTWORTUNG TRAGEN

Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung